

Verarmung im Wohlstand

Alois Riedlsperger
Andreas Wörgötter

Sonderdruck/Reprint No. 12
Oktober 1994

Reprint from: Franz Vranitzky (Hg.): Themen der Zeit. Renner
Institut, Passagen Verlag, Wien 1994, S. 31 – 60.

Alois Riedlsperger/Andreas Wörgötter Verarmung im Wohlstand¹

1. Einleitung

Österreich gehört, wie auch die Europäische Union mit ihren derzeit 340 Millionen Einwohnern, zu den 20 Prozent der Reichen dieser Welt, die sich 80 Prozent des Welteinkommens teilen. Die weltweite Rezession, die in den europäischen Ländern nichts anderes bedeutet hat, als daß nach Jahren hohen Wachstums nun ein bis zwei Jahre kein Zuwachs des Brutto-Sozialprodukts zu verzeichnen war (allenfalls ein „Minuswachstum“ im Bereich von Zehntelprozenten hingenommen werden mußte), ändert daran nichts.

Es läge daher nahe anzunehmen, daß das Problem der Armut durch das allgemeine Wirtschaftswachstum mit der Zeit immer mehr an Bedeutung verlieren sollte. Die empirische Evidenz und auch die alltägliche Praxis gerade der kirchlichen Sozialarbeit sprechen dagegen. Armut scheint sich trotz allgemein steigenden Wohlstandes immer aufs neue zu regenerieren.

Dieser Widerspruch zwischen ständig steigender Wirtschaftsleistung mit einem im Durchschnitt steigenden Lebensstandard für die Mehrheit der Bevölkerung und einer Minderheit unter sehr eingeschränkten Bedingungen lebenden Personen und Familien kommt auch im Titel unseres Beitrages deutlich zum Ausdruck.

Akzeptiert man diese Diagnose, so läßt man sich auf eine Erörterung der Verteilungsfrage ein, die weitreichende sozial- und wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen mit sich bringt.

Unser Beitrag ist so aufgebaut, daß wir nach einigen theoretischen Erörterungen, die der Analyse ungleicher Einkommensverteilungen in wachsenden Wirtschaften gewidmet sind, die empirische Evidenz zu diesem Thema schildern.

Daran anschließend werden verschiedene wirtschafts- und sozialpolitische Schlußfolgerungen gezogen und entsprechende Maßnahmen vorgestellt. Dabei soll allerdings nicht verborgen bleiben, daß die beiden Autoren hier unterschiedliche Schwerpunkte sehen und setzen. Während Pater Riedlsperger vor allem den solidaritätsbezogenen Aspekt der Teilung von Arbeit und

Einkommen sowie auch die Attraktion des Grundeinkommens in den Vordergrund rückt, betont der Ökonom Wörgötter die Bedeutung anreizkompatibler Sozialpolitik und den Zwang der stärkeren Konzentration von Maßnahmen auf die Bezieher niedriger Einkommen.

Österreich gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den Ländern, die überproportional stark gewachsen sind. Zug um Zug wurden auch neue soziale Maßnahmen durchgesetzt. Diese waren überwiegend so konzipiert, daß sie nicht nach Einkommen diskriminierten, also der ganzen Bevölkerung zur Verfügung standen.

Durch die Randlage am Eisernen Vorhang gab es mit Ausnahme Jugoslawiens keinen Nachbarstaat, der über ein niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen verfügte und mit dem freie wirtschaftliche Beziehungen möglich waren. Dadurch konnte sich in Österreich eine vergleichsweise geringe Einkommensdifferenzierung innerhalb der arbeitenden Bevölkerung halten. Zwar gab es immer eine große Anzahl von Pensionisten, die in sehr bescheidenen Verhältnissen leben mußten. Ein Vollerwerbs-Arbeitsplatz war aber in der Vergangenheit durchwegs auch eine Garantie für einen akzeptablen Lebensstandard.

Der Kampf gegen die Armut wurde daher auch mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik geführt, weil es überwiegend darum ging, Arbeitsplätze zu erhalten beziehungsweise zu schaffen.

Die Ostöffnung und weitere Internationalisierungsschritte der österreichischen Wirtschaft haben diesbezüglich zu einer radikalen Änderung der Rahmenbedingungen für Wirtschaftspolitik in Österreich geführt. Eine Beschäftigungspolitik, die sich am Durchschnitt orientiert, läuft mehr und mehr Gefahr, nicht mehr zu greifen.

Die Verarmung hat viele verschiedene Ursachen und nimmt auch viele verschiedene Formen an. Der Kampf gegen die Armut muß daher nach dem strategischen Prinzip des getrennten Marschierens und geeinten Schlagens geführt werden. Eigenvorsorge, private Initiativen und das staatliche Sicherheitsnetz dürfen nicht als Substitute verstanden werden, sondern müssen komplementäre Funktionen aufeinander abgestimmt ausfüllen können.

Die organisatorische Bewältigung dieser Aufgabe ist eine politische Herausforderung. Dabei geht es nicht nur um materielle Absicherung und Finanzierung der sozialen Aufgaben, sondern um zeitgemäße Maßnahmen, die ein Mindestmaß von sozialer Integration aufrechterhalten.

Das überwältigende Ja der österreichischen Bevölkerung zum Beitritt zur Europäischen Union zeigt deutlich, daß klare politische Ziele auch mehrheitsfähig sind, wenn sie nicht nur aus der Ablehnung gegen konkrete Projekte bestehen.

Die Beseitigung der Ursachen für Verarmung und die Hilfe für Arme sind große gesellschaftspolitische Ziele, deren Verwirklichung nur mit großem politischen Einsatz erreicht werden kann. Wir sind fest davon überzeugt, daß sich dieser Einsatz lohnt.

2. Theoretische Überlegungen

Welche Gründe gibt es, die dazu führen, daß in einer wachsenden Wirtschaft die Armut zunimmt? Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, sich mit den Gründen für Wirtschaftswachstum und am Markt erzielbaren Lohnsteigerungen auseinanderzusetzen. Sind die Faktoren, die zu steigenden Löhnen führen, in der Bevölkerung nicht gleich beurteilt, so kommt es zu einer ungleicheren Einkommensverteilung. Ändern sich diese Faktoren in immer kürzeren Abständen, so werden immer größere Teile der Bevölkerung nur mit Schwierigkeiten mithalten können. In diesem Fall droht Verarmung, die in einer reichen Gesellschaft durchaus dramatischer ausfallen kann, weil der absolute Einkommensfall viel größer sein wird als in einer armen Gesellschaft.

Die wichtigsten Gründe, die zu Wirtschaftswachstum und steigenden Löhnen (zusammen mit einer zunehmenden Grenzproduktivität der Arbeit) führen, sind technischer Fortschritt, steigende Ausstattung mit Real- und Humankapital (Bildung) sowie internationale Arbeitsteilung.

Technischer Fortschritt bedingt immer komplexere Produktionsabläufe, die ein hohes Maß an Verlässlichkeit, Flexibilität und Weiterbildung verlangen. Diese Fähigkeiten sind nicht gleich verteilt. Auch die Lernfähigkeit ist nicht gleich verteilt. Selbst ein unbeschränkter Zugang zu Bildungseinrichtungen (und damit ein potentiell gleicher Humankapitalinput) wird unter den Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft nicht zu gleichen Verdienstmöglichkeiten für den einzelnen führen. Die Beschleunigung des technischen Fortschrittes kann auch dazu führen, daß ganze Berufsgruppen obsolet werden, bevor sie noch ihr normales Pensionsalter beschäftigt erleben können. Konkrete Beispiele gibt es zu diesen Phänomenen vor allem in Zusammenhang mit der Entwicklung in der EDV (Verbreitung von PCs, Digitalisierung der Datenübertragung, CIM).

Technischer Fortschritt begünstigt die Gesellschaft im allgemeinen, produziert aber unvermeidlich auch seine Modernisierungsverlierer. Eine Beschleunigung des technischen Fortschrittes, wie ihn die letzten 50 Jahre hervorgebracht haben, führt dazu, daß die Arbeitskräftefluktuation größer wird und dadurch rein rechnerisch mehr Leute zwischen allen Sesseln landen.

Dieser Prozeß betrifft vor allem qualifizierte ältere Arbeitnehmer, die bereits ein hohes Lohnniveau erreicht haben. In vielen Fällen wird die verbleibende Arbeitszeit keine aufwendige Re-Qualifikation mehr rechtfertigen. Hat der technische Fortschritt die in der Vergangenheit erworbene Qualifikation obsolet gemacht, so wird ein Betrieb, der vorwiegend derartige Arbeitskräfte beschäftigt, in Konkurs gehen oder sie entlassen müssen. Am Arbeitsmarkt werden dann keine offenen Stellen zu finden sein, die eine Wiederbeschäftigung zu einem ähnlichen Lohnniveau ermöglichen. Längere Perioden der Arbeitslosigkeit führen zu einer zusätzlichen De-Qualifikation des Arbeitsvermögens, und die Möglichkeiten des Betroffenen entfernen sich immer weiter von einer Re-Integration in die Arbeitswelt.

Ähnlich wie der technische Fortschritt wirkt die Internationalisierung und Öffnung der Wirtschaft gegenüber ausländischer Konkurrenz und für ausländische Märkte. Durch die internationale Arbeitsteilung können Standortvorteile besser genutzt werden.

Üblicherweise ändern sich Standortbedingungen (im Gegensatz zum technischen Fortschritt) allerdings nur langsam. Der Zusammenhang zwischen Internationalisierung und Verarmung ist daher üblicherweise nur schwer zu erkennen und auch umstritten. Ausnahmen von dieser Regel bestehen dann, wenn sich plötzlich neue Integrationsgebiete formieren und bestehende Grenzen eliminiert oder zumindestens durchlässiger gemacht werden. Paradebeispiele dafür sind die Ostöffnung und die Nordamerikanische Freihandelszone.

Mit der Ostöffnung und dem Übergang zur Marktwirtschaft in den vormals zentral verwalteten Heimstätten des real existierenden Sozialismus entstanden mit einem Schlag in der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs frei zugängliche Märkte, die mit wesentlich geringeren Lohnkosten kalkulieren können. Dadurch kommt es zu einer neuen Situation auf verschiedenen Märkten und insbesondere am Arbeitsmarkt.

Insbesondere Bezieher niedriger Einkommen werden stärker unter Druck geraten. Dies hängt damit zusammen, daß in Österreich wie auch in anderen westeuropäischen Hochlohnländern das Angebot billiger (unqualifizierter) Arbeit niedrig ist und daher einen relativ niedrigen Lohnabstand zu aufwendiger qualifizierten Berufsgruppen aufrecht erhalten konnte. Die Ostöffnung eliminiert diese Angebotsverknappung billiger Arbeitskräfte und wird daher zu einer wesentlichen Verschärfung der Einkommensverteilung führen. Bezieher niedriger Einkommen (unqualifizierte Arbeitskräfte) werden in Zukunft noch weniger verdienen, Bezieher hoher Einkommen (mit entsprechend gefragten Qualifikationen) werden dafür noch höhere Einkünfte

erzielen können. Ähnliche Prozesse haben sich in den USA bereits in den achtziger Jahren realisiert. Im vergangenen Jahrzehnt hat zum ersten Mal in der jüngeren amerikanischen Wirtschaftsgeschichte die untere Hälfte der amerikanischen Bevölkerung ihr reales Lohnniveau nicht mehr verbessern können. Damit droht der „amerikanische Traum“ zu platzen. Dieser besteht darin, zwar als armer Einwanderer ganz unten zu beginnen und hart zu arbeiten, aber bereits den Kindern eine gute Ausbildung und damit eine solide Lebensgrundlage zu schaffen. Technischer Fortschritt und Internationalisierung können diesen Traum vom stetig steigenden Lebensstandard zunichte machen. Diese Vorgänge werden nicht durch bösartige Diskriminierung herbeigeführt, sondern folgen den Knappheitsverhältnissen auf den Arbeits- und Gütermärkten.

Dabei ist weitgehend unbestritten, daß sowohl der technische Fortschritt als auch die Ostöffnung für Österreich positive Impulse gebracht haben und noch weiter bringen. Eine Beseitigung der Ursachen für die Entstehung einer ungleicheren Einkommensverteilung gleicht dem Absetzen eines Medikaments aufgrund seiner Nebenwirkungen.

Die Internationalisierung der Wirtschaft führt auch ohne freien Zugang zum Arbeitsmarkt, also ohne internationale Migration, zur oben beschriebenen Angleichung von Löhnen für vergleichbare Arbeit. Die Vergleichbarkeit wird grundsätzlich über den Marktwert der damit hergestellten Produkte hergestellt. Diese ist dann gegeben, wenn ein freier Warentausch zwischen Ländern mit unterschiedlichen Lohnniveaus möglich ist.

Will man sich gegen eine unerwünschte Änderung der Einkommensverteilung schützen, so genügt es nicht, die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen und Aufenthaltsbewilligungen einzuschränken, sondern man mußte auch den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen einschränken. Dies hat jedoch meist sofort erkennbare wirtschaftliche Nachteile zur Folge. Abgesehen von möglichen Vergeltungsmaßnahmen und Diskriminierung heimischer Produkte verteuern Handelsbarrieren üblicherweise das im Inland zur Verfügung stehende Konsumgüterbündel.

Maschinenstürmerei und Protektionismus sind daher keine tauglichen Mittel, um Ursachen ungleicher Einkommensverteilungen und damit einhergehende Verarmung zu bekämpfen.

3. Empirische Evidenz

Armut ist eine Mangelerscheinung der Gesellschaft, die aus verschiedenen Einstellungen heraus nicht hingenommen werden kann. Es ist mit einem hu-

che Integration beimessen. Dies wirft natürlich die Frage auf, wie die Rolle kultureller Avantgarden einzuschätzen ist, die nach allen materiellen Kriterien als arm beziehungsweise verarmt zu bezeichnen sind. Diese Gruppen² befinden sich außerhalb geregelter Arbeitsbeziehungen, üben jedoch eine unverzichtbare Rolle bei der kulturellen, ästhetischen und ideologischen Weiterentwicklung der Gesellschaft aus.

Diese Problematik betrachten die Autoren zwar durchaus als relevant und berechtigt, hier jedoch nicht als ihr Revier. Unser Anliegen bleibt daher auf die Armen eingeschränkt, die eine Wiedereingliederung in die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen wünschen.

3.2. Armutsgefährdung

Eine in Österreich vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebene Studie³ rechnet mit 1 bis 1,5 Millionen Armen in Österreich, je nachdem, welche Kriterien den Berechnungen zugrunde gelegt werden.

Wird Armut – wie international meist üblich – an der Höhe des Einkommens gemessen, so ergeben sich noch einmal unterschiedliche Werte, je nachdem, welche Gewichtung für im Haushalt lebende weitere Personen verwendet wird oder, mit anderen Worten, welcher „Umrechnungsschlüssel“ für Haushalte unterschiedlicher Größe angewandt wird. Auch läßt Einkommen allein keine Schlüsse darüber zu, ob ein Haushalt langfristig mit dem niedrigen Einkommen leben muß oder ob Ersparnisse oder frühere Anschaffungen (Wohnung und Wohnungsausstattung) einen weniger eingeschränkten Lebensstandard ermöglichen.

Die Einbeziehung von weiteren Parametern wie Größe der Wohnung (verfügbare Fläche pro Haushaltsmitglied) und deren Ausstattung mit langlebigen Wirtschaftsgütern ist deshalb zur Beurteilung von Armutsbetroffenheit notwendig. Was sich dabei nicht feststellen läßt, ist, in welchem Ausmaß diese Güter im Vorgriff auf spätere Einnahmen angeschafft wurden und damit das verfügbare Einkommen durch Schuldenbelastung weiter eingeschränkt wurde. Selbst die Höhe der Ausgaben kann nicht unmittelbar als Armutsindikator dienen, weil nicht festzustellen ist, ob fehlende Mittel oder der Wunsch, Rücklagen zu bilden, die Ursache sind.

Die unterschiedlichen Indikatoren weisen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen als armutsgefährdet aus:

– Alleinerziehende Frauen sind in der Gruppe der Einkommensarmen überdurchschnittlich vertreten. In der Gruppe der alleinerziehenden Arbeiterinnen zeigt sich dies auch deutlich bei den Ausgaben.

– Arbeiter- und Bauernhaushalte mit mindestens drei Kindern sind nach allen Armutskriterien überdurchschnittlich betroffen. Da die Studie allerdings vor der Erhöhung der Familienbeihilfe und Einführung von Familienabsetzbeträgen Anfang 1993 durchgeführt wurde, kann angenommen werden, daß sich die Armut dieser Gruppe von Familien vermindert hat.

– Bei Familien mit Berufstätigkeit beider Eltern wird das Einkommen weniger knapp und die Ausgaben steigen, dafür fehlt die Zeit für die gemeinsame Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Zeitmangel birgt in gleicher Weise wie Geldmangel die Gefahr gesellschaftlicher Ausgrenzung in sich. Eine gewisse Gefahr ergibt sich auch durch die meist überwiegend materiell konzentrierte Konsumstruktur, die vor allem bei den Kindern zur Unfähigkeit der Wahrnehmung nicht-materieller Werte führen kann.

– Wer als Erwerbstätiger wenig verdient, bleibt auch als Pensionist oder Pensionistin arm.

– Auch die Studie des Sozialministeriums bestätigt: Arbeitslosigkeit führt zur Armut. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosenhaushalte (Saisonarbeitslosigkeit ausgenommen) zählen zu den Armutgefährdeten.

Weitere Faktoren der Armutgefährdung sind geringe Ausbildung (rund 50 Prozent der Arbeitslosen haben keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung, und auch die Einkommen der Beschäftigten dieser Bildungskategorie liegen im unteren Bereich). Im ländlichen Raum sind sowohl die Bildungschancen als auch die Arbeitsgelegenheiten schlechter als in Städten, was ebenfalls erhöhte Armutgefährdung bedeutet. Auch die meisten Bauern gehören in Österreich zumindest zu den Einkommensarmen. Und niedrige Aktiveinkommen bedeuten aufgrund der Erwerbsarbeitszentrierung der sozialen Netze noch niedrigere Arbeitersatzeinkommen (Arbeitslosenunterstützung, Pensionen).

3. 3. Nicht armutsgefährdet, sondern arm

Die ärmsten Gruppen wurden von der österreichischen Studie⁴ nicht erfaßt, weil sie nicht Gegenstand der Untersuchung waren. Unterstandslose und Flüchtlinge, Bewohner von Caritas-Wohnheimen, Drogensüchtige und Haftentlassene können nur von einer Untersuchung erfaßt werden, die eigens diesen Gruppen gilt.

Eine Studie der Deutschen Caritas⁵ über die strukturellen Probleme der Arbeit in Deutschland ist wohl in einigen Bereichen auf Österreich übertragbar. Die zusammengefaßten Ergebnisse dieser Studie bestätigen vielfältige soziale Not:

- einen hohen Sockel von Armut
- einen hohen Anteil verdeckter Armer
- eine überdurchschnittliche Betroffenheit von Kindern, jungen Erwachsenen, Arbeitslosen, alleinerziehenden Frauen und Ausländern
- Hohe Mietbelastungen können gravierende Folgen haben für das zum Lebensunterhalt verfügbare Einkommen, mit hohem Verschuldungsrisiko, das zu Obdachlosigkeit und Nichtseßhaftigkeit führen kann (Trotz der nicht unbedingt vergleichbaren Wohnungskosten in Österreich im Verhältnis zu Deutschland zahlen auch in Österreich häufig die untersten Einkommensschichten die relativ höchsten Mieten; Wohnraumbeschaffung und Hausbau gehören zu den häufigsten Einzelursachen von Verschuldung.)
- eine hohe Schuldenlast bei einem Teil der Klienten.

Die Caritas folgert daraus, daß materielle und seelische Not weit mehr verbreitet sind, als in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Sie richtet deshalb einen Appell an die Bürger und an die Medien, für die Not der von Armut betroffenen oder bedrohten Bürger aufmerksamer zu werden und durch persönliches Engagement zur Verbesserung ihrer Situation beizutragen. Ein ähnliches Bild zeigen Erfahrungen aus Gesprächen mit der österreichischen Caritas.

4. Politik gegen die Armut und für die Armen

Armut ist kein Problem, das sich allein durch individuelle Hilfen lösen läßt; Armut in einer reichen Gesellschaft ist ein Verteilungsproblem, das heißt eine Aufgabe für die Politik. Auch wenn die absoluten Zahlen von armutsgefährdeten Personen und Familien erschreckend sind, weil jeder Fall mit einem persönlichen Schicksal verbunden ist, so bleibt die Herausforderung doch innerhalb eines bewältigbaren Rahmens. Es geht hier nicht um eine radikale Neuordnung der Gesellschaft, sondern um Hilfe und Motivation für etwa 10% der Bevölkerung. Unverzichtbar ist eine Umverteilung von oben nach unten, das heißt von den oberen 50% der Einkommen zu den untersten Einkommen. Eine solche Umverteilung sollte nicht mehr als 2-3% der höheren Einkommen kosten, eine zumutbare Größenordnung; allerdings könnte es unverzichtbar sein, dafür „wohlerworbene Rechte“ anzugreifen.

Die dafür in Betracht kommenden Maßnahmen lassen sich in drei Gruppen teilen:

- Maßnahmen, die einen größeren Schutz vor Verarmung bieten. Dazu gehört auch der gesamte Bereich der Eigenvorsorge, wie Rücklagenbildung (Sparen), Bildung, regionale Mobilität. Die öffentliche Hand ist hier insbesondere im Bereich der Bereitstellung von Information und anderen Infrastrukturmaßnahmen eingebunden.

- Maßnahmen, die die Not der Armut lindern. Dies ist der klassische Bereich der Sozialfürsorge. Dieser Bereich wird weiterhin durch öffentliche Institutionen wahrgenommen. Die Mitarbeit der privaten Initiativen und der Kirchen ist hier willkommen.

- Maßnahmen, die den Weg aus der Armut ebnen. Dafür gibt es die wenigsten sicheren Handlungsanleitungen. Es kann daher nur einer möglichst großen und flexiblen Methodenvielfalt das Wort geredet werden.

Die Finanzierung der damit verbundenen Ausgaben kann der nicht-armen Bevölkerung zugemutet werden. (Allerdings geht es doch um einen Betrag, der so groß ist, daß er die Erträge einer auf Reiche konzentrierten Luxuskonsumsteuer übersteigt.)

Eine wesentliche politische Aufgabe liegt daher darin, die Mehrheit von der Sinnhaftigkeit von Ausgaben für Menschen zu überzeugen, die aus verschiedenen Gründen vorübergehend oder auch dauernd nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Ein Teil dieser Überzeugungsarbeit wird auch dadurch unterstützt, daß soziale Maßnahmen auf den Kreis von spezifisch Bedürftigen konzentriert werden.

In der Vergangenheit war Armut vor allem mit der Ausbeutung arbeitender Menschen verbunden. Arbeiter und Kleinbauern waren als einzelne von den Abnehmern ihrer Leistung abhängig. Die Armutsbekämpfung hat daher konsequenterweise bei der politischen Organisation der Unterdrückten (Gewerkschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften, politische Parteien) und der Forderung nach Schutz vor unverschuldeten Einkommensausfällen (durch Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter) angesetzt. Der Schutz vor Verarmung war daher auf die Erwerbstätigen beschränkt. Bis heute beherrscht das Erwerbsarbeitsprinzip die Einrichtungen sozialer Sicherheit. Sozialstaatliche Leistungen kann nur in Anspruch nehmen, wer erwerbsarbeitsbezogene Beiträge geleistet hat beziehungsweise durch Abhängigkeit von einem Beitragszahler auf gewisse Versicherungsleistungen Anspruch erheben kann (Krankenversicherung, Hinterbliebenen-Pensionen).

Mit der Entwicklung der Arbeitsbedingungen muß auch sozialstaatliche Politik immer neu den neuen Herausforderungen angepaßt werden. Soll der Kampf gegen Armut bei den Wurzeln ansetzen, muß Verteilungspolitik bei Einkommenssicherung durch Arbeit beginnen.

4. 1. Einkommenssicherung

4. 1. 1. Arbeitsmarktpolitik und Lohnpolitik

Diese beiden Politikbereiche sind grundlegend für Einkommenssicherung und setzen die Rahmenbedingungen im Kampf gegen die Armut. Es geht dabei in erster Linie darum, durch eine geeignete Wirtschaftspolitik⁶ dazu beizutragen, daß Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

Arbeitszeitverkürzung, sei es durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Verlängerung von Urlaubsansprüchen, weitere Verlängerung des Karenzbeziehungsweise Elternurlaubs, Freizeit für Weiterbildung, Einführung eines Langzeiturlaubes beziehungsweise Sabbatzeiten (wie kürzlich von Eleonore Hostasch vorgeschlagen), Verkürzung der Lebensarbeitszeit et cetera, kann dabei als ein wesentliches Element zur besseren Verteilung des notwendigen Arbeitsvolumens betrachtet werden. Letzten Endes entscheidet das Verhältnis von Arbeitskosten und durch Arbeit geschaffenen Wertzuwachsen über das Schicksal von Arbeitsplätzen.

Einkommenssicherung durch Arbeit setzt allerdings voraus, daß auch die niedrigsten Einkommen hoch genug sind, um eine dem gesellschaftlichen Standard entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. (In diesem Zusammenhang ist das Eintreten der Gewerkschaft für einen Mindestlohn von 12.000 Schilling brutto monatlich zu sehen.) Ein Mindestlohn kann auch als Signal dafür aufgefaßt werden, daß Niedriglohnarbeitsplätze unerwünscht sind. Dieses Signal richtet sich sowohl an Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer. Erstere müssen bei ihren Investitionsplänen darauf Rücksicht nehmen, daß sie nicht auf zu billige Arbeitskräfte angewiesen sind, um konkurrenzfähig zu bleiben. Letztere müssen bereit sein, durch entsprechende Ausbildung für eine Arbeitsproduktivität zu sorgen, die eine höhere Entlohnung rechtfertigt.

4. 1. 2. Bildungspolitik

Etwa die Hälfte aller Arbeitslosen in Österreich haben keinen über die Pflichtschule hinausführenden Bildungsabschluß aufzuweisen. Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Wirtschaft gewinnt Bildung und Weiterbildung einen hohen Stellenwert in der Bekämpfung der Armut.

Bildung und Weiterbildung sollten verstärkt auch durch Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung, durch Einrichtungen der Erwachsenenbildung

und durch Ausbau des öffentlichen Bildungswesens (Fachhochschulen) ermöglicht werden. Insbesondere ist zu berücksichtigen, daß das einmalige Erlernen eines Berufes keine Garantie auf einen Arbeitsplatz mit sich bringt. Das Prinzip des lebenslangen Lernens muß daher auch in den Bildungseinrichtungen seinen entsprechenden Niederschlag finden.

4. 1. 3. Steuerpolitik

Steuern und Sozialversicherung sind wesentliche Werkzeuge der Umverteilung. Steuerabsetzbeträge und Sockelungen der Sozialversicherungsleistungen müssen gemeinsam dafür sorgen, daß im Normalfall niemand unter eine Einkommensgrenze fällt, die ein menschenwürdiges Leben, ohne Ausschluß von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, erlaubt.

Alle Bemühungen um Umverteilungen von Einkommen finden dort ihre Grenze, wo die entsprechenden Einkommen sich diesem Zugriff entziehen können. Es macht keinen Sinn, hohe Einkommen so zu besteuern, daß ein Anreiz besteht, auszuwandern oder die Vermögen in Steuerparadiese zu bringen.

Entlastung der Arbeit von Steuern, Belastung anderer Produktionsfaktoren, insbesondere von Energie und nicht erneuerbaren Rohstoffen durch Steuern und Abgaben sind Teil einer sozialen und ökologisch sinnvollen Weiterentwicklung der Steuerpolitik, die zu einer Anhebung unterer Einkommen führt, ohne den Einsatz menschlicher Arbeit zu verteuern.

Für die Durchsetzung der Umverteilung der Steuerlast von Arbeit auf andere Produktionsfaktoren ist eine international koordinierte Vorgangsweise notwendig, die innerhalb der Europäischen Union leichter zu bewerkstelligen ist als im Alleingang.

4. 2. Familienpolitik

Familien, insbesondere Mehrkinderfamilien und Alleinerzieher-Familien, sind bei niedrigen Einkommen nach wie vor armutsgefährdet. Dabei wirkt sich nicht zuletzt der Entfall des zweiten Einkommens beziehungsweise die Doppelbelastung der Alleinerzieherin auf die Höhe des Familieneinkommens aus.

Um gerade bei diesen Familien Einkommensarmut abzuwenden, sollte die Möglichkeit einer schrittweisen weiteren Anhebung von Absetzbeträgen und Kinderbeihilfen, verbunden mit der Möglichkeit, nicht ausgenützte Beträge als Negativsteuer auszubezahlen, in Betracht gezogen werden.

Familienpolitik kann sich nicht auf steuerliche Entlastung und Transfers beschränken. Möglichkeiten der Kinderbetreuung, ausreichende Kindergartenplätze, Ganztagschulen et cetera sind notwendig, um die Vereinbarung von Beruf und Familie für die Eltern zu erleichtern.

Die Unterstützung von Alleinerziehern sollte nicht so konzipiert werden, daß die Wiederherstellung kompletter Familienverhältnisse mit dem vollständigen Verlust von Beihilfen verbunden ist.

4. 3. Sozialpolitik

Einkommensarmut ist nicht der einzige Faktor für Verarmung, Geld allein genügt nicht zur Armutsbekämpfung. Es gibt Menschen und Gruppen, die nichtmonetäre Hilfe brauchen.

4. 3. 1. Wohnpolitik

Wer kein Dach über dem Kopf hat, hat keine Chance, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Eine der schrecklichsten Entwicklungen besteht in der Obdachlosigkeit von Familien (England, USA).

Ein vordringliche Maßnahme besteht darin, einfache, preisgünstige Wohnungen zu schaffen – nicht zuletzt für Ausländer und Flüchtlinge, um ungerechtfertigte Bereicherung einiger weniger abzustellen und einen wesentlichen Reibungspunkt, der leicht zur Ablehnung der Fremden führt, zu entschärfen. Die Wohnungs- und Mietenpolitik ist und bleibt eine vordringliche Aufgabe der Sozialpolitik. Darüber hinaus zählt Wohnbau zu den günstigsten Formen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Allerdings gilt auch hier wie in anderen Bereichen, daß die Gesetze des Marktes nicht auf Dauer außer Kraft gesetzt werden können. Es geht vielmehr darum, zu verhindern, daß durch undurchsichtige Reglementierungen, Mietbeschränkungen und Kündigungsklauseln ein gesetzlicher Nebel geschaffen wird, der zur besten Tarnung für Mietenwucher und Ablösenterror werden kann. Der beste Schutz gegen die Ausbeutung durch einen gewissenlosen Hausherrn bietet auf Dauer noch immer ein funktionierender Markt mit einer strengen Aufsicht bezüglich der Einhaltung seiner Regeln.

Im Rahmen der öffentlichen Wohnbauförderung wären auch Formen, die eine stärkere unmittelbare Mitwirkung von einkommensschwachen Wohnungssuchenden bei der Wohnraumrenovierung und -beschaffung ermöglichen, in Betracht zu ziehen.

4. 3. 2. Soziale Beratung und Hilfe für Notsituationen

Einrichtungen wie Schwangerenberatung, Beratung und Hilfe für alleinerziehende Mütter, Schuldnerberatung, Hilfestellung für Jugendliche mit Lern- und/oder Integrationsschwierigkeiten und viele andere können in vielen Fällen ein Abrutschen in die Armut verhindern und bilden wichtige Elemente der Armutsbekämpfung. Diese Leistungen können oft von privaten Initiativen flexibler und „kundennäher“ angeboten werden. Deren Mitwirkung ist daher nicht nur zu dulden, sondern auch aktiv zu ermuntern und fördern.

Besonderes Augenmerk wäre vor allem auf eine Abkehr von einer rationalisierten Scheckbuchfürsorge zugunsten einer zwar aufwendigen, aber persönlich verantwortlichen Betreuung zu legen. Gerade dann, wenn die Verarmungsgefahr mit einer unerwünschten Verhaltensform zusammenhängt, ist eine persönliche Betreuung der Betroffenen unerlässlich.

4. 3. 3. Pflege von Kranken und Alten

Pflegegeld ist wichtig, es braucht aber auch Einrichtungen zur Beratung und Entlastung der Pflegenden. Genauso wie bei der Unterstützung alleinerziehender Eltern wäre darauf Bedacht zu nehmen, daß Pflegegeld in einer Form ausgezahlt wird, die familiäre Strukturen und Hilfeleistungen unterstützt, nicht aber erschwert.

4. 3. 4. Unterstützung von freiwillig geleisteten Diensten

80% der Pflegeleistungen werden noch immer freiwillig erbracht, meist von Frauen, meist in der eigenen Familie und Nachbarschaft. Diese unbezahlte Arbeit muß insgesamt ebenfalls umverteilt und, wenn schon nicht entlohnt, in anderer Weise, zum Beispiel durch Einbeziehung in die Sozialversicherung, Anrechnung für die Pension, anerkannt werden.

Gerechtigkeit heißt, daß jeder und jede in der Gesellschaft, auch die Ärmsten und Ungeschicktesten, in Würde leben können.

5. Armutsbekämpfung durch gerechtere Verteilung: Integrieren statt ausgrenzen

Ausgrenzung entsteht auch durch materielle Verarmung. Das Gegenmittel dafür heißt Umverteilung. Die Forderung nach Umverteilung setzt voraus, daß die Verteilung, so wie sie ohne Interventionen zustandekommt, als un-

gerecht beurteilt wird beziehungsweise als unerwünscht angesehen wird. Die Frage, was „gerecht“ sei, kann allerdings unterschiedlich beantwortet werden. Gerechtigkeit als Gleichheit: Wenn alle gleich viel haben. Leistungsgerechtigkeit: Wer mehr leistet (wie immer Leistung dann definiert wird), soll mehr bekommen. Oder Gerechtigkeit als Befriedigung der Grundbedürfnisse, zu denen neben den physiologischen Bedürfnissen – Essen, Kleidung, Wohnung – auch ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe gerechnet wird.

Obzwar „Gerechtigkeit“ schwer zu definieren ist, so ist es doch relativ einfach, offensichtliche Ungerechtigkeiten festzustellen und Ansatzpunkte für deren Beseitigung zu finden. Ein auf Gemeinwohl ausgerichteter Staat muß durch entsprechende Maßnahmen dafür sorgen, unterschiedlichen Kriterien gerechter Verteilung nach Möglichkeit gleichzeitig gerecht zu werden. Geeignete Maßnahmen sind in erster Linie eine entsprechende⁷ Lohn- und Einkommenspolitik, die Steuerpolitik, die verschiedenen Sozialversicherungen, Sozialhilfe und Familienlastenausgleich. Dazu gehört aber auch der freie Zugang zu Infrastruktureinrichtungen, die oft gar nicht als Verteilung oder Umverteilung betrachtet werden: Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Wohnbauförderung oder öffentliche Verkehrswege und Verkehrsmittel. Freier Zugang muß jedoch nicht notwendigerweise kostenlosen Zugang bedeuten.

5. 1. Arbeit teilen

In einer Erwerbsarbeitsgesellschaft ist bezahlte Arbeit die „normale“ Art, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Diese Form der gesellschaftlichen Organisation hat sich in den letzten hundert Jahren allgemein als wohlstandssteigernd bewährt. Innerhalb der Beschäftigten ist jedoch dafür zu sorgen, daß gleiche Leistung auch gleich bezahlt wird – etwa zwischen Männern und Frauen. Es sollte nicht möglich sein, benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt zu diskriminieren. Eine Form der Diskriminierung kann auch darin bestehen, daß die Beschäftigten ein Lohnniveau durchsetzen, das zusätzlich Menschen von einer Erwerbstätigkeit ausschließt. Eine mindestens ebenso wichtige Forderung ist jedoch, daß Erwerbseinkommen hoch genug sind, um eine dem gesellschaftlichen Standard entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Nur so ist einer Entwicklung wie etwa in den USA („*working poor*“) entgegenzuwirken.

Verteilung durch Arbeit stößt aber dort an Grenzen, wo Arbeitsplätze fehlen. 18 Millionen Westeuropäer sind auf der Suche nach Arbeit – mit steigen-

der Tendenz. Auch in Österreich gab es im April 1994 220.000 registrierte Arbeitslose. Dazu müßten Schüler und Studenten gerechnet werden, die nur studieren, weil sie keinen Arbeitsplatz finden, Jugendliche, die noch nie gearbeitet haben, und Hausfrauen, die wieder in den Beruf einsteigen wollen: Personengruppen, die zwar Arbeit suchen, aber beim Arbeitsamt nicht gemeldet sind, weil sie ohnedies keine Ansprüche haben. Es kann angenommen werden, daß auch in Österreich 10% derer, die arbeiten wollen, keine Arbeit bekommen.

Angesichts dieser Dimensionen stößt auch die klassische Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik an Grenzen. Die Wirtschaft wächst, aber neue technische Verfahren und der Einsatz von Computern machen den Einsatz menschlicher Arbeit in vielen Bereichen überflüssig. Dazu wächst das Bewußtsein, daß nicht jedes Wachstum sinnvoll und wünschenswert ist. Wirtschaftspolitik muß mehr als bisher auch die ökologische Dimension in die Überlegungen mit einbeziehen. Technischer Fortschritt, Internationalisierung und Ökologisierung verschärfen zusätzlich bestehende Verteilungsprobleme, indem sie einerseits Verteilungsspielräume einschränken (Umweltschutz) und andererseits zusätzliche Verteilungsprobleme schaffen (Modernisierungsverlierer des technischen Fortschritts und der Internationalisierung).

Auch die Ökonomisierung bisher unbezahlter Arbeiten im Bereich der persönlichen Dienstleistungen stößt an Grenzen nicht nur der Finanzierbarkeit, sondern auch der sozialen Akzeptanz. Müßte jeder Dienst und jeder Handgriff – von der Hausfrau über die Nachbarschaftshilfe bis zur freiwilligen Feuerwehr – bezahlt werden, würden Lebensqualität und soziale Bindungen darunter leiden.

Also Arbeit teilen – aber wie? Durch weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit? Längere Urlaube? Verlängerung des Karenzurlaubs? Durch Teilung einzelner Arbeitsplätze oder längere Zeiten der Weiterbildung? Oder weiter so wie bisher: durch Arbeitslosigkeit und Frühpensionierungen?

Arbeitsplätze teilen – in welcher Form auch immer – ist notwendig und sinnvoll. So wie es wichtig und sinnvoll sein wird, neue hochtechnisierte Arbeitsplätze zu schaffen neben zusätzlicher bezahlter Arbeit im Dienst von Mensch und Natur. Ob all diese Anstrengungen ausreichen werden, die dauerhafte Ausgrenzung immer größerer Gruppen von Arbeitssuchenden aufzuhalten, mit anderen Worten eine Spaltung der Gesellschaft in Gutverdienende, wohlangesehene Bürger einerseits, Arbeitslose und Gelegenheitsarbeiter mit geringem Einkommen andererseits zu vermeiden, ist eine andere Frage.

gerecht beurteilt wird beziehungsweise als unerwünscht angesehen wird. Die Frage, was „gerecht“ sei, kann allerdings unterschiedlich beantwortet werden. Gerechtigkeit als Gleichheit: Wenn alle gleich viel haben. Leistungsgerechtigkeit: Wer mehr leistet (wie immer Leistung dann definiert wird), soll mehr bekommen. Oder Gerechtigkeit als Befriedigung der Grundbedürfnisse, zu denen neben den physiologischen Bedürfnissen – Essen, Kleidung, Wohnung – auch ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe gerechnet wird.

Obzwar „Gerechtigkeit“ schwer zu definieren ist, so ist es doch relativ einfach, offensichtliche Ungerechtigkeiten festzustellen und Ansatzpunkte für deren Beseitigung zu finden. Ein auf Gemeinwohl ausgerichteter Staat muß durch entsprechende Maßnahmen dafür sorgen, unterschiedlichen Kriterien gerechter Verteilung nach Möglichkeit gleichzeitig gerecht zu werden. Geeignete Maßnahmen sind in erster Linie eine entsprechende⁷ Lohn- und Einkommenspolitik, die Steuerpolitik, die verschiedenen Sozialversicherungen, Sozialhilfe und Familienlastenausgleich. Dazu gehört aber auch der freie Zugang zu Infrastruktureinrichtungen, die oft gar nicht als Verteilung oder Umverteilung betrachtet werden: Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Wohnbauförderung oder öffentliche Verkehrswege und Verkehrsmittel. Freier Zugang muß jedoch nicht notwendigerweise kostenlosen Zugang bedeuten.

5. 1. Arbeit teilen

In einer Erwerbsarbeitsgesellschaft ist bezahlte Arbeit die „normale“ Art, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Diese Form der gesellschaftlichen Organisation hat sich in den letzten hundert Jahren allgemein als wohlstandssteigernd bewährt. Innerhalb der Beschäftigten ist jedoch dafür zu sorgen, daß gleiche Leistung auch gleich bezahlt wird – etwa zwischen Männern und Frauen. Es sollte nicht möglich sein, benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt zu diskriminieren. Eine Form der Diskriminierung kann auch darin bestehen, daß die Beschäftigten ein Lohnniveau durchsetzen, das zusätzlich Menschen von einer Erwerbstätigkeit ausschließt. Eine mindestens ebenso wichtige Forderung ist jedoch, daß Erwerbseinkommen hoch genug sind, um eine dem gesellschaftlichen Standard entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Nur so ist einer Entwicklung wie etwa in den USA („*working poor*“) entgegenzuwirken.

Verteilung durch Arbeit stößt aber dort an Grenzen, wo Arbeitsplätze fehlen. 18 Millionen Westeuropäer sind auf der Suche nach Arbeit – mit steigen-

der Tendenz. Auch in Österreich gab es im April 1994 220.000 registrierte Arbeitslose. Dazu müßten Schüler und Studenten gerechnet werden, die nur studieren, weil sie keinen Arbeitsplatz finden, Jugendliche, die noch nie gearbeitet haben, und Hausfrauen, die wieder in den Beruf einsteigen wollen: Personengruppen, die zwar Arbeit suchen, aber beim Arbeitsamt nicht gemeldet sind, weil sie ohnedies keine Ansprüche haben. Es kann angenommen werden, daß auch in Österreich 10% derer, die arbeiten wollen, keine Arbeit bekommen.

Angesichts dieser Dimensionen stößt auch die klassische Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik an Grenzen. Die Wirtschaft wächst, aber neue technische Verfahren und der Einsatz von Computern machen den Einsatz menschlicher Arbeit in vielen Bereichen überflüssig. Dazu wächst das Bewußtsein, daß nicht jedes Wachstum sinnvoll und wünschenswert ist. Wirtschaftspolitik muß mehr als bisher auch die ökologische Dimension in die Überlegungen mit einbeziehen. Technischer Fortschritt, Internationalisierung und Ökologisierung verschärfen zusätzlich bestehende Verteilungsprobleme, indem sie einerseits Verteilungsspielräume einschränken (Umweltschutz) und andererseits zusätzliche Verteilungsprobleme schaffen (Modernisierungsverlierer des technischen Fortschritts und der Internationalisierung).

Auch die Ökonomisierung bisher unbezahlter Arbeiten im Bereich der persönlichen Dienstleistungen stößt an Grenzen nicht nur der Finanzierbarkeit, sondern auch der sozialen Akzeptanz. Müßte jeder Dienst und jeder Handgriff – von der Hausfrau über die Nachbarschaftshilfe bis zur freiwilligen Feuerwehr – bezahlt werden, würden Lebensqualität und soziale Bindungen darunter leiden.

Also Arbeit teilen – aber wie? Durch weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit? Längere Urlaube? Verlängerung des Karenzurlaubs? Durch Teilung einzelner Arbeitsplätze oder längere Zeiten der Weiterbildung? Oder weiter so wie bisher: durch Arbeitslosigkeit und Frühpensionierungen?

Arbeitsplätze teilen – in welcher Form auch immer – ist notwendig und sinnvoll. So wie es wichtig und sinnvoll sein wird, neue hochtechnisierte Arbeitsplätze zu schaffen neben zusätzlicher bezahlter Arbeit im Dienst von Mensch und Natur. Ob all diese Anstrengungen ausreichen werden, die dauerhafte Ausgrenzung immer größerer Gruppen von Arbeitsuchenden aufzuhalten, mit anderen Worten eine Spaltung der Gesellschaft in Gutverdienende, wohlangesehene Bürger einerseits, Arbeitslose und Gelegenheitsarbeiter mit geringem Einkommen andererseits zu vermeiden, ist eine andere Frage.

5. 2. Einkommen teilen

Dafür müßte nicht nur Arbeit, sondern auch Einkommen weit konsequenter geteilt werden, als es heute diskutiert wird. Dafür braucht es sicher einerseits Menschen, die bereit sind, weniger zu arbeiten und auch entsprechend weniger zu verdienen – etwa weil ihnen vorübergehend oder auch auf Dauer anderes wichtiger ist: die Freizeit, die Familie, ein sozialer Einsatz. In diesem Sinne bedeutet jede Teilzeitarbeit auch ein Teilen von Arbeit und Einkommen.

Andere Formen der Verteilung von Arbeit und Einkommen sind nur durchzusetzen durch solidarischen Druck auf Politik und Sozialpartner, um tiefgreifende Veränderungen anzugehen. Das gilt für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ebenso wie für verlängerten Urlaub, verlängerten Elternurlaub oder Weiterbildungsfreistellungen – innerhalb oder außerhalb des Betriebs.

Arbeit – genauer Arbeitszeit und damit verbundene Einkommen – zu teilen, ist erst die Grundlage für eine Umverteilung. Mehr noch als diese Primärverteilung ist Umverteilung – von wenigen Ausnahmen wie etwa innerhalb der Familien abgesehen – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Doch auch die Umverteilung über Steuern und Sozialversicherungsabgaben stößt an Grenzen, wenn wegen zunehmender Arbeitslosigkeit die erwerbsarbeitsbezogenen Steuern und Abgaben zurückgehen, gleichzeitig die Anforderungen an den Sozialstaat steigen. Wenn weniger (oder gleich viel) Beschäftigte mit ihren Steuern und Abgaben immer mehr Arbeitslose und Pensionisten mitfinanzieren sollen, werden sie sich wehren – mögen ihre Einkommen noch so hoch sein.

Der Verteilungsspielraum besteht nur bis zu einer bestimmten Grenze. Umso wichtiger ist daher die Forderung nach einer breiten Bemessungsgrundlage für die Finanzierung staatlicher Aufgaben.

Umverteilen – in einer Welt beschleunigter technischer Entwicklung, ökologischer Grenzen und weltweiter Ungerechtigkeit – ist eine Herausforderung, die Kreativität, Umdenken und politischen Willen für strukturelle Veränderungen verlangt. Soll weniger (Erwerbs-) Arbeit die staatlichen Aufgaben und die soziale Sicherheit nicht gefährden, müssen Steuern und Abgaben auf eine breitere Basis gestellt werden: weniger Belastung von Arbeit, dafür zum Beispiel stärkere Besteuerung von Energie und anderen Rohstoffen.

Gleichzeitig muß sich auch der Stellenwert der Arbeit in unserer Gesellschaft ändern, und zwar in dreifacher Hinsicht:

– Ökonomisch: Arbeit ist mehr und zugleich etwas anderes als einfach ein „Arbeitsplatz“. Arbeit ist zielgerichtete Tätigkeit zur Befriedigung menschlicher/gesellschaftlicher Bedürfnisse, unter möglichst schonendem Umgang mit den Gütern der Erde und gegenseitiger Anerkennung von Fähigkeiten.

– Sozial: Bezahlte wie unbezahlte Arbeit sollten flexibel eingesetzt werden, etwa nach dem Vorbild weiblicher Erwerbsarbeitskarrieren – mit Familienzeiten, Weiterbildung, Eigenarbeit – auch für Männer. Solche Flexibilität ist allerdings nur möglich und zumutbar, wenn auch in Zeiten des Verzichts auf Erwerbsarbeit die Existenzgrundlage gesichert ist, etwa in Form eines allen zustehenden, arbeitsunabhängigen Grundeinkommens.

– Kulturell: Die unser ganzes gesellschaftliches Leben prägende „Idealvorstellung“ des erwerbstätigen Normalbürgers muß nach und nach ersetzt werden durch neue Leitbilder eines Lebens, in dem – ähnlich wie heute noch bei Frauen – Zeiten von Erwerbsarbeit abwechseln mit Zeiten von Familienarbeit, selbstgewählter Beschäftigung, freiem Engagement, und wo auch Muße wieder als eigener Wert erkannt und anerkannt wird.

6. Armutsbekämpfung durch Lohnsubvention

Der österreichische Arbeitsmarkt ist seit einiger Zeit dadurch gekennzeichnet, daß die Arbeitslosigkeit auch dann steigt, wenn die Beschäftigung zunimmt, während eine sinkende Arbeitslosigkeit mehr durch ein rückläufiges Arbeitsangebot zustandekommt. Die aggregierten Arbeitslosenstatistiken zeigen daher nicht ein vollständiges Bild der Arbeitsmarktsituation.

In Österreich werden Arbeitslosenzahlen auch durch Frühpensionierungen, Ausweitung des Karenzurlaubs, Vorruhestandregelungen et cetera niedrig gehalten.

Es werden subventionierte Arbeitsplätze geschaffen in Arbeitsstiftungen (für Arbeitslose aus der Verstaatlichten und anderen Großbetrieben), regionalen Arbeitsinitiativen, Arbeitsprojekten für spezielle Zielgruppen (Frauen, Wiedereinsteigerinnen, Jugendliche, Schwervermittelbare, Langzeitarbeitslose . . .), durch „betriebliche Eingliederungsbeihilfe“ für ältere Arbeitslose, die bis zur vollen Abdeckung der gesamten Personalkosten gehen kann (Höhe und Dauer werden von den regionalen Arbeitsämtern je nach Arbeitsmarktlage fixiert). In den meisten Fällen werden nicht nur die vollen Kosten, sondern darüber hinaus Betreuer, Sozialarbeiter, Projektleiter von der Arbeitsmarktverwaltung bezahlt.

Der Erfolg heißt in zunehmendem Maße: „Ausbildung“ für die Arbeitslosigkeit, das heißt Erwerb der Anspruchsvoraussetzungen für Sozialversiche-

rungs-Rechte: Anspruch auf Arbeitslosenversicherung und Notstandshilfe, damit verbunden auf Krankenversicherung und Pensionsversicherung.

Diese Ansprüche können jedoch verlorengehen, zum Beispiel infolge geringfügiger/kurzfristiger Beschäftigung, Aufenthalt im Ausland, selbst durch unbezahlte Arbeit (Nachbarschaftshilfe, Engagement, zum Beispiel mit Flüchtlingen).

In Deutschland wird versucht, durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie 0-Kurzarbeit, 4-Tage-Woche (VW-Modell), subventionierte Kurzarbeit und Weiterbildungsmaßnahmen die Arbeitslosenrate soweit als möglich in gesellschaftlich erträglichen Grenzen zu halten. Das bedeutet, daß eine große Zahl von Menschen ohne wirkliche Arbeit bezahlt wird, mit der Zielsetzung, sie dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Die Arbeitsfähigkeit dieser Personen zu erhöhen durch Qualifikationsmaßnahmen steht dabei keineswegs immer im Vordergrund.

Nur in den seltensten Fällen können die im Rahmen von Arbeitsmarktverwaltungs-Projekten Beschäftigten ihre Aus- oder Weiterbildung selbst wählen. Der Verdacht liegt nahe, daß Kontrolle (der Arbeitskraft-Ressourcen) ein ebenso starkes Motiv solcher Maßnahmen ist wie Existenzsicherung und Integration.

Was auf diese Weise kaum gefördert wird, ist Kreativität, Flexibilität, Selbstbestimmung – und die damit verbundenen Chancen, daß Neues entstehen kann.

Die bestehende Arbeitslosigkeit in Österreich hat nur eine relativ kleine konjunkturelle Quote. Der überwiegende Teil (5–6% der knapp unter 7% liegenden Arbeitslosenrate) hat strukturelle Ursachen, die dadurch entstehen, daß für Arbeitskräfte, die in schrumpfenden Unternehmen nicht mehr gebraucht werden, keine geeigneten (das heißt ähnliche Qualifikationen verwendenden) Arbeitsplätze zu denselben Löhnen zu finden sind.

Aus eigener Kraft können diese Menschen kaum einen Arbeitsplatz finden, sodaß die Spirale Langzeitarbeitslosigkeit, Frühpension und Verarmung vorprogrammiert scheint.

Dagegen sind grundsätzlich zwei Maßnahmen vorstellbar. Die Beschäftigung von Arbeitskräften, deren Humankapital durch den Strukturwandel entwertet wurde und die daher nur zu unzumutbar niedrigen Löhnen einen Arbeitsplatz finden, könnte subventioniert werden. Damit wird am Modell der Erwerbsarbeit festgehalten und auch den Verlierern in diesem System eine Perspektive geboten. Die andere Alternative besteht im Grundeinkommen, das allen Menschen eine Basisversorgung sichert und dadurch von der Erwerbsarbeit unabhängiger macht.

6. 1. Lohnsubventionen und negative Einkommensteuer

Um Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich zu schaffen beziehungsweise angesichts ausländischer Niedriglohnkonkurrenz zu erhalten, wurden vor allem in Deutschland eine Reihe verschiedener Vorschläge zur Lohnsubvention erarbeitet. So hat das HWWA-Institut Hamburg im *Wirtschaftsdienst* 1/94 einen Vorschlag für eine negative Einkommensteuer zur Subventionierung niedriger Einkommen vorgelegt.

Im FDP-Wahlprogramm (vgl. „*Die Zeit*“, 27. Mai 1994) wird vorgeschlagen, „ärmere“ Bürger sollten durch ein Bürgergeld als Ersatz für den bisherigen Wust an Sozialleistungen bessergestellt werden.

Ähnliche Vorschläge kommen von den Christdemokratischen Arbeitnehmern am CDU-Parteitag, weiters von den deutschen Grünen, die für eine bedarfsabhängige Grundsicherung eintreten („*Die Zeit*“, 25. Februar 1994).

Fritz W. Scharpf sieht in der negativen Einkommensteuer ein Programm gegen Ausgrenzung: Es sei „... das erste Programm, das die deklassierte und ausgegrenzte Unterschicht in unserem Land nicht mit weiteren Einschränkungen drangsaliert, sondern einen wirtschaftlich wirksamen und politisch sichtbaren Beitrag zu ihrer Re-Integration in die Gesellschaft leisten könnte“, sagt Scharpf.

Zur Vermeidung der Zwei-Drittel-Gesellschaft genüge es nicht, Sozialeinkommen zur Verfügung zu stellen: „Nötig ist vielmehr die Wiedereingliederung in den durch Erwerbsarbeit vermittelten gesellschaftlichen Zusammenhang von Leistung, sozialer Anerkennung und Selbstwertgefühl. Voraussetzung dafür ist eine dauerhafte Erweiterung des Angebots regulärer Arbeitsplätze am unteren Ende des Arbeitsmarktes.“

Die Negativsteuer zur Aufstockung niedriger Einkommen müsse ausdrücklich an die Erwerbstätigkeit gebunden sein. Gefördert werden sollten nur Arbeitnehmer in regulären Arbeitsverhältnissen, weder auf besonders berücksichtigungswürdige Umstände beim Arbeitnehmer (wie arbeitslos, schwervermittelbar) noch beim Arbeitgeber (gemeinnützig, öffentlich et cetera) sollte es ankommen. „Einziges Kriterium der Förderung sollte der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarte Arbeitslohn sein, der in einem gesetzlich zu definierenden Niedriglohn-Bereich liegen muß.“

„Da das verbleibende Netto-Einkommen auch an der Untergrenze über den Sozialeinkommen läge, könnten die Tarifpartner über neue Niedriglohn-Tarife unterhalb eines Brutto-Stundenlohns von zehn DM verhandeln. Und wenn solche Tarife existierten, würde es für Arbeitgeber auch attraktiv, neue Niedriglohn-Arbeitsplätze einzurichten.“

Wo diese neuen Arbeitsplätze entstehen könnten? Überall dort, wo es um persönliche Dienstleistungen geht: Einzelhandel, Gaststätten, Verkehr, Kindergärten, Privathaushalte und Pflegedienste, biologischer Landbau, Ökologie, Reparaturdienstleistungen aller Art und alle Arten arbeitsintensiver und kundennaher handwerklicher und industrieller Fertigung.⁸

Dieses Programm wird von Klaus Lang (IG-Metall) allerdings kritisiert: „Die ‚alte‘ Spaltung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen soll nun durch eine neue und – so muß man befürchten – zusätzliche Spaltung ergänzt und verfestigt werden, nämlich zwischen Beschäftigten in Hoch-Lohn-Bereichen, in ‚Niedrig-Lohn-Bereichen‘ und – am Ende der Skala – wie bisher Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern auf möglicherweise noch niedrigerem Niveau als heute.“

– Was ist mit gutqualifizierten Arbeitslosen?

– Soll die wichtige Arbeit der Alten- und Kinderbetreuung, ökologische Wärmedämmung, Spitzenleistungen in handwerklicher Fertigung . . . einem Niedriglohn-Sektor für unqualifizierte Beschäftigte zugeordnet werden?

– Welches Gesellschafts- und Menschenbild steckt dahinter, daß die Montage von Autos hoch, die Pflege von Kranken oder die Betreuung von Kindern niedrig bezahlt wird?

„Dies wäre eine neue Form der Durchkapitalisierung und Ökonomisierung der Lebenswelten, gegen die eigentlich Gewerkschaften und Sozialdemokraten Widerstand leisten müßten“.

Weitere Gefahren: Druck auf tariflich geregelte Niedrigeinkommen, Verdrängung statt Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, Festschreibung der Spaltung des Arbeitsmarktes, neue Stigmatisierungsmuster („Subventionsempfänger“).⁹

6. 2. Absicherung der Standardrisiken

Demgegenüber vertritt Bernd Schulte, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht in München, das Modell einer „Grundsicherung für ein menschenwürdiges Leben“. Es handelt sich um einen Ausbau des bestehenden Sozialversicherungssystems durch einen zusätzlichen Ast, der in der Praxis zu einer Sokkelung der Leistungen für Standardrisiken führt: „Es ist nicht beabsichtigt, Arbeit und Einkommen oder Arbeit und soziale Sicherung zu entkoppeln.“

„Alleinige Anspruchsvoraussetzung für eine Leistung der ‚Sozialen Grundsicherung‘ soll sein,

– daß der Berechtigte in seiner Person einen der leistungsauslösenden Tatbestände – Arbeitslosigkeit, Invalidität oder Alter – erfüllt, sowie

– daß Einkommensarmut besteht“.

Am Kriterium der Verfügbarkeit für den inländischen Arbeitsmarkt wird festgehalten (Ausnahme: Alter über 65, schwer vermittelbar über 55). (*Die Mitbestimmung*, 7/92)

Ähnliche Vorschläge zur besseren Absicherung der Standardrisiken, vor allem durch Sockelung von Arbeitslosenhilfe, wurden auch in Österreich immer wieder vorgelegt.

6. 3. Bezahlter Rückzug vom Arbeitsmarkt

Einen Schritt weiter geht Claus Offe, Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Bremen, der für eine institutionelle Neuordnung des Arbeitens eintritt: „Die moralischen, kulturellen und institutionellen Grundlagen der Arbeitsgesellschaft setzen Prämien auf die Lebensform des ‚Arbeitnehmers‘ aus, die nicht mehr annähernd für alle Bürger dieser Gesellschaft eingelöst werden können. Diese Gesellschaft mobilisiert ständig ein Überangebot an Arbeitskraft, das sie dann nicht aufnehmen kann. Dabei ist die Vorstellung, daß man an den Gütern und Werten des Lebens nur dann sollte teilhaben können, wenn man zuvor mit Erfolg die eigene Arbeitskraft zu Markte getragen hat, moralisch durchaus unplausibel.“

Konkret: „Wer sich vom Arbeitsmarkt zurückzieht und darauf verzichtet, am Wettbewerb um Jobs weiterhin teilzunehmen, der tut allen denen einen Gefallen, die an diesem Wettbewerb weiterhin und mit entsprechend verbesserten Erfolgchancen teilnehmen möchten. Er hat folglich einen Anspruch auf eine Gegenleistung für diesen Gefallen. Diese Entschädigung sollte als ein Bürgerrecht auf Grundeinkommen konzipiert sein und an keinerlei weitere Voraussetzungen wie Bedürftigkeit der Familienstand geknüpft sein, aus Steuern finanziert werden und für die Dauer der Nicht-Teilnahme am Arbeitsmarkt das Niveau der bisherigen Sozialhilfe erreichen.“

Dabei „... handelt es sich nicht um eine bloße Stilllegungsprämie für Arbeitskraft. Vielmehr soll dazu ermutigt werden, das eigene Arbeitsvermögen in einer anderen Weise als durch seinen Verkauf gegen Lohnesinkommen zu nutzen.“ (*„Die Zeit“*, 11. März 1994)

Allen Vorschlägen zur Subventionierung bestimmter Arbeiten oder einzelner Personen oder Personengruppen haften schwerwiegende Folgen von Benachteiligung und weiterer Ausgrenzung an:

– Subventionierung des Arbeitslohns bedeutet implizit, daß die so unterstützte Leistung nicht vollwertig ist, und damit verbunden, daß die Person die diese Leistung erbringt keiner vollwertigen Leistung fähig ist:

– Daraus entsteht eine Stigmatisierung sowohl der Person als auch des konkreten Arbeitseinsatzes, die schwer rückgängig zu machen ist.

– In den meisten Fällen wird Lohnsubvention nicht zu neuen Arbeitsplätzen, sondern eher zur Substitution von normalen Arbeitsplätzen durch unterstützte Arbeitsplätze führen. Nicht zuletzt wird damit auch die wirtschaftlich notwendige Umstrukturierung zumindest gebremst. Anstatt neue Arbeitsplätze zu schaffen werden damit öffentliche Mittel zur Aufrechterhaltung im Grunde nicht lebensfähiger Wirtschaftszweige verwendet.

– Wo die Schaffung notwendiger Arbeitsplätze (Pflegedienste, Sozialzentren . . .) marktwirtschaftlich an Grenzen stößt, ist die Subventionierung der Einrichtungen einer Subventionierung von Niedriglöhnen vorzuziehen.

7. Grundsicherung gegen Ausgrenzung

Im Gegensatz dazu sind Modelle einer allgemeinen Mindestsicherung darauf ausgerichtet, durch Einbeziehung der Gesamtbevölkerung den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Freiräume zu schaffen für Flexibilität und Kreativität. Ihre Zielsetzung geht weit über die Frage der Armutsbekämpfung hinaus. Allerdings ist hier auch ein gewisses Risiko nicht zu übersehen, daß diese Freiräume eben nicht genutzt werden und dann der gesellschaftliche Zusammenhalt, der durch die Erwerbsarbeit geleistet wird, nicht hergestellt werden kann.

7. 1. Demokratisches Bürgergeld gegen Ausgrenzung

Für Ralf Dahrendorf ist das Hauptziel des von ihm seit Jahren zur Einführung vorgeschlagenen Bürgergelds die Festigung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Eine Zwei-Drittel-Gesellschaft als Folge von Langzeitarbeitslosigkeit und Niedrigsteinkommen würde nach seiner Meinung die Demokratie in ihren Grundfesten erschüttern. Bürgergeld müßte allen Mitgliedern der Gesellschaft zustehen als Ausdruck der Teilhabe an dieser Gesellschaft.

7. 2. Existenzeinkommen: bezahlte Lebenszeit

Einen anderen Zugang wählt Yoland Bresson. Von der Überlegung ausgehend, daß der wirkliche Wert der Zeit für jeden Menschen derselbe ist, und dieser Wert errechnet werden kann, ist Geldeinkommen zweizuteilen. Der

Zeitwert ist für alle gleich und wäre das Maß für ein Existenzeinkommen, das jedem Menschen zusteht, unabhängig von seiner Tätigkeit. Der der Leistung entsprechende Tauschwert ist davon unabhängig. Mit Hilfe ökonomischer Berechnungen hat Prof. Bresson für Frankreich den Zeitwert mit 1575 Francs pro Person und Monat als Existenzanteil errechnet. „Die Existenz und Würde jedes Menschen anzuerkennen bedeutet, ihm den Gegenwert seiner Zeit als Existenz-Einkommen in Geld auszuzahlen“. Damit könnten die Menschen die Motivation wiederfinden, sich ihren Fähigkeiten und Begabungen entsprechend einzusetzen. Die Wirtschaft würde neue Impulse bekommen, für ganz Europa könnte die Einführung des Existenzeinkommens bedeuten, den Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt der Organisation zu stellen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu fördern. (Vgl. u. a. *Le Monde diplomatique*, 2/1994)

7. 3. Grundeinkommensgesicherte Flexibilität

Die Ermöglichung eines ökologischen und sozialen Umbaus der Wirtschaft steht im Mittelpunkt des Vorschlags der Katholischen Sozialakademie Österreichs für die Einführung eines erwerbsunabhängigen Grundeinkommens. Darunter ist eine finanzielle Zuwendung zu verstehen, die jedem Bürger oder jedem Bewohner eines Landes als Rechtsanspruch zusteht. So hoch, daß sie eine angemessene Lebensführung ermöglicht, ohne Rücksicht auf sonstiges Einkommen, auf Stand, auf Arbeit oder Verfügbarkeit für Erwerbsarbeit.

Damit von Grundeinkommen im vollen Sinn gesprochen werden kann, müssen folgende Kriterien erfüllt sein:

– allgemein: das heißt alle Mitglieder einer Gesellschaft, zum Beispiel alle Österreicher oder Österreicherinnen Gleichgestellte oder alle EU-Bürger müssen tatsächlich in den Genuß dieser finanziellen Leistung der Gemeinschaft kommen. Um trotz allgemeiner Anspruchsberechtigung das Umverteilungsvolumen in den der Zielsetzung entsprechenden Grenzen zu halten, wäre an Steuerabsetzbeträge zu denken, die im Falle der Nicht-Ausnützbarkeit als Negativsteuer ausbezahlt würden.

– existenzsichernd: Von Grundeinkommen im vollen Sinn des Wortes kann erst die Rede sein, wenn die zur Verfügung gestellte Summe ein zwar bescheidenes, aber dem Standard der Gesellschaft entsprechendes Leben, also die Teilnahme an allen Tätigkeiten und Lebensvollzügen, die in dieser Gesellschaft wichtig sind, ermöglicht. Allerdings würden auch kleine Schritte in Form erhöhter, als Negativsteuer auszahlbarer Absetzbeträge die unteren Einkommen anheben und damit als Lohnsubvention wirken.

– personenbezogen: Für die Einzelperson als Berechnungseinheit spricht zum einen, daß damit Kontrollen im Bereich der persönlichen Beziehungen wegfallen, die einer staatlichen Stelle nicht zustehen und rasch in Schnüffelei ausarten. Soll ein Grundeinkommen Freiheit stiften, muß es persönliche Entscheidungen ermöglichen, ohne sie in eine Richtung zu drängen.

– arbeitsunabhängig: soll Grundeinkommen nicht wieder diskriminierend sein oder in Abhängigkeit führen, darf keine wie immer geartete Kontrolle von Erwerbsarbeit, unbezahlter Arbeit, oder Forderung, für den Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, damit verbunden sein. Selbstverständlich werden Menschen, die sich bewußt entschließen, für kürzere oder längere Zeit auf Erwerbseinkommen zu verzichten und vom Grundeinkommen leben, sich vielerlei notwendigen, nützlichen, sinnvollen Arbeiten und Beschäftigungen widmen. Gerade deshalb könnte ein Grundeinkommen die unbezahlte Arbeit aufwerten und die Engführung des Arbeitsbegriffes auf Erwerbsarbeit aufbrechen. Haushalt führen und Kinder erziehen, studieren und forschen, sich politisch engagieren, Beziehungen pflegen oder irgendeine Art von Kunst ausüben sind Tätigkeiten, die zwar manchmal bezahlt, viel häufiger jedoch ohne Bezahlung verrichtet werden – die aber ohne Zweifel Arbeit sind.

– leistungsfreundlich: In unserer Gesellschaft gilt im allgemeinen das als Leistung, was gut bezahlt wird. Niemand wird es einfallen, für hohe Einkommen eine 100-Prozent-Steuerstufe zu verlangen. „Leistung muß sich lohnen“ muß auch für die niedrigen Einkommen gelten. Deshalb ist auf die Vermeidung einer Armutsfalle zu achten, wie sie (aus anderen Gründen) bei Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld oder Frühpension eingebaut ist. Jedes sonstige Einkommen soll zwar besteuert werden, soll aber das verfügbare Einkommen spürbar erhöhen.

– egalitär: Die Inanspruchnahme von Grundeinkommen darf nicht diskriminierend sein. Das bestehende Recht auf Sozialhilfe ist an Bedingungen geknüpft: Man hat nachzuweisen, daß man arm, hilfsbedürftig, krank und arbeitsunfähig oder aber arbeitswillig ist, und man hat zugewiesene Arbeiten – egal unter welchen Bedingungen sie angeboten werden – auch anzunehmen. Um Diskriminierung zu vermeiden, müssen alle – ohne Ausnahme – Grundeinkommen bekommen. Durch eine Integration in das Steuersystem (Absetzbeträge – negative Einkommensteuer) wäre dies möglich, ohne das Umverteilungsvolumen unnötig aufzublasen. Die Umverteilung beschränkt sich damit auf den Bereich der niedrigen Einkommen.

Die mit der Steuerreform 1994 eingeführten höheren Absetzbeträge, insbesondere aber Kinderabsetzbeträge und Kinderbeihilfen, sowie die für

niedrige Einkommen vorgesehene Negativsteuer (bis zu 10% der bezahlten Sozialversicherungsbeiträge) könnten als Schritte in Richtung eines Grundeinkommens betrachtet werden. Jeder weitere Schritt der Erhöhung der Absetzbeträge und damit verbundener Auszahlung für jene, deren Steuerschuld nicht zur Verrechnung ausreicht, würde die untersten Einkommen anheben und damit der Verarmung wirksam gegensteuern.

Dazu Kurt W. Rothschild: „Die Grenzen möglicher Anpassung angesichts eines immer rascheren Wandels werfen aber auch die Frage auf, ob man nicht Maßnahmen treffen sollte, den technischen Fortschritt form- und tempomäßig humaner, ‚menschengerechter‘, zu absorbieren. Dies könnte ein wesentliches Element in der sich ausbreitenden Technologiefolgenabschätzung werden. Sollten die – je nach Standpunkt – befürchteten oder erhofften Tendenzen zu einem technologisch-organisatorisch bedingten ‚*jobless growth*‘ tatsächlich auftreten, dann müßten (und zwar schon relativ bald) radikal neuere Ideen akzeptabel werden. Neben einschneidenden Arbeitszeitverkürzungen, die sich noch an alte Traditionen anschließen, müßten Ideen wie ein Basislohn, verkürzte Lebensarbeitszeit, mehrjährige Bildungsurlaube et cetera als praktikable Vorschläge diskutiert werden. Insbesondere wäre dann auch eine gesellschaftliche Neubewertung von bezahlter und freiwilliger Arbeit und deren Status notwendig.“ (Kurt W. Rothschild, Arbeitslosigkeit und die Hilflosigkeit der Wirtschaftspolitik, in: *Kurswechsel*, Heft 2/1994)

8. Diskussion: Lohnsubvention? Versicherung? Grundeinkommen (Basislohn)?

Wie bereits erkennbar, sind beide Autoren zwar relativ einig in Bezug auf die Diagnose, die Einheitstherapie gegen die Verarmung kann aber nicht geboten werden. Anstelle dessen schließen wir mit einer fiktiven Diskussion, die vom Bemühen getragen ist, eine wirksame Kombination von Maßnahmen gegen die Verarmung zu finden.

Riedlsperger: Lohnsubvention scheint ihren Platz dort zu haben, wo Beschäftigung zum Zwecke der Ausbildung/Höherqualifizierung für konkrete Arbeitsplätze dazu führt, daß dann Kollektivvertragslöhne bezahlt werden können. Lohnsubvention für dauerhaft unterbezahlte Arbeiten ist diskriminierend für die so Beschäftigten, teuer und führt oft zu Mitnahmeeffekten, ohne zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Wörgötter: Das gegenwärtige System der Arbeitslosenversicherung führt dazu, daß die Unterstützung nur dann gewährt wird, wenn nicht gearbeitet wird. Dies ist sicher dann gerechtfertigt, wenn es darum geht, eine gewisse Suchzeit zum Auffinden eines neuen Arbeitsplatzes zu überbrücken. Ist aber bereits klar, daß es den gewünschten Arbeitsplatz aufgrund des raschen Strukturwandels nicht gibt, so impliziert die Arbeitslosenunterstützung beziehungsweise die Notstandshilfe einen prohibitiv hohen Grenzsteuersatz. Der Vorschlag von Snower (1993), den ich hier unterstütze, läuft daher darauf hinaus, Langzeitarbeitslosen zu erlauben, einen Teil ihrer Unterstützung an einen Arbeitgeber abzutreten, der bereit ist, sie zu beschäftigen. Damit wird sicher keine Dauerlösung geschaffen, sondern die Rückkehr auf einen anderen Arbeitsplatz gefördert.

Riedlsperger: Arbeit soll billiger werden, nicht durch Lohnsubvention, wohl aber durch Entlastung von erwerbsarbeitsbezogenen Abgaben und Steuern. Statt dessen: betriebsausgaben-, wertschöpfungs- oder umsatzbezogene Beiträge zu Sozialversicherungen (Arbeitgeberanteil), Energie- und sonstige Ressourcensteuern.

Wörgötter: Gegen die Senkung von lohnbezogenen Abgaben kann man nichts haben. Ihre Kompensation durch andere Steuern muß auf die Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Rücksicht nehmen.

Riedlsperger: Weder Lohnsubvention als solche, noch „workfare“ können garantieren, daß persönliche Dienstleistungen (Pflege) zufriedenstellend erledigt werden. Solche Aufgaben verlangen persönliches Engagement, ihr Status sollte eher erhöht als durch „Zwangsverpflichtungen“ weiter abgewertet werden. Soweit solche Arbeiten (meist im Familienverband) freiwillig und unbezahlt erbracht werden, müßte dafür gesorgt sein, daß die Pflegenden damit nicht ihre eigene soziale Sicherheit in Frage stellen müssen.

Wörgötter: Wie führt man Sozialpolitik durch, ohne die Familie und ihren inneren Zusammenhalt zu zerstören? Diese Frage ist sicherlich bis jetzt zu wenig beachtet worden, weil immer davon ausgegangen wird, daß die Familienmitglieder nicht auf wirtschaftliche Anreize reagieren, wenn es um private Entscheidungen geht.

Riedlsperger: Die Kosten eines allgemeinen, in die Einkommensteuer in Form von – als Negativsteuer auszahlbaren – Absetzbeträgen integrierten Grundeinkommens brauchen keinesfalls höher zu sein als andere Maßnahmen der Armutsbekämpfung. Ein Vorteil wäre die Möglichkeit schrittweiser Einführung, wobei auch bescheidene Erhöhungen der bestehenden Absetzbeträge und der damit verbundenen Negativsteuer die untersten Einkom-

men anheben, also zu einer Umverteilung nach unten führen würden. Insbesondere würden damit auch die Einkommen von Mehrkindfamilien erhöht.

Wörgötter: Die Negativsteuer hat große Vorteile, wenn man nur die wirtschaftlichen Überlegungen im Sinn behält. Unter Einbeziehung der sozialen Funktionen von Arbeit scheint es bedenklich, gerade für Randgruppen und von der Verarmung bedrohten Personen eine reine Scheckbuchversorgung anzustreben.

Riedlsperger: Der wesentliche Unterschied zwischen den bestehenden Sozialleistungen und der Idee eines Grundeinkommens liegt in der freiheitsstiftenden Unabhängigkeit: Unfähigkeit und Bedürftigkeit nachweisen zu müssen (Sozialhilfe) ist diskriminierend; grundsätzlich bereit sein zu müssen, angebotene Arbeit jederzeit anzunehmen, ist wenig hilfreich, Eigeninitiative zu entwickeln und Neues auszuprobieren. Flexibilität muß abgesichert sein. Im Bild gesprochen: Erhaltung eines „Grundwasserspiegels“, aus dem alle im Bedarfsfall schöpfen können.

Wörgötter: Akzeptiert man die Hypothese einer stärker zunehmenden Ungleichheit der persönlichen Einkommensverteilung, so wird die Sozialpolitik mit dem „diskriminierungsfreien“ Gießkannenprinzip nicht mehr durchkommen. Mehr Konzentration auf diejenigen, die Unterstützung wirklich brauchen, und mehr Eigenverantwortung für die, die es sich leisten können, ist meine Forderung. Dann kann man auch großzügigere Maßnahmen konzipieren und wirksame Maßnahmen vorbereiten, ohne mit einer ständigen budgetären Überforderung kämpfen zu müssen.

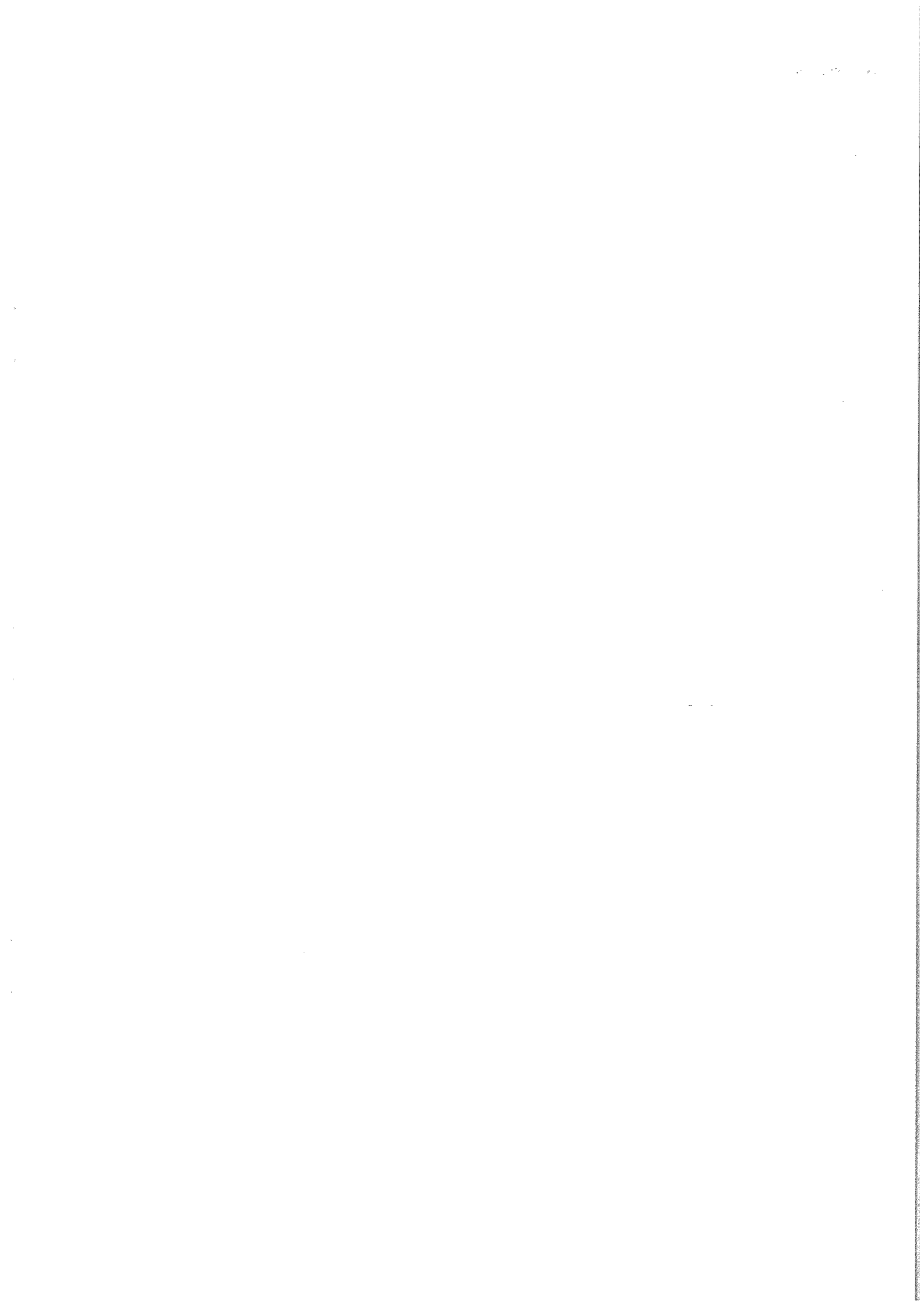
Anmerkungen

- 1 Bei der Vorbereitung dieses Beitrages haben wir ganz wesentlich von ausführlichen Diskussionen mit Peter Rosner (Universität Wien) und Bernd Marin (Europäisches Zentrum) profitiert. Die Verantwortung für alle in diesem Beitrag geäußerten Meinungen verbleibt selbstverständlich bei den beiden Autoren.
- 2 Ihre Rolle ähnelt den erfinderischen Unternehmern Schumpeters, die auf den Trümmern der Wirtschaftskrise neue Produkte und Technologien auf den Markt bringen.
- 3 Lutz u. a., Von Ausgrenzung bedroht.
- 4 Lutz u. a., Von Ausgrenzung bedroht.
- 5 Hauser u. a., Arme unter uns.
- 6 Darunter ist eine Kombination von Fiskal- und Geldpolitik zu verstehen, die die makroökonomische Stabilität (niedrige Inflation und ein Wirtschaftswachstum, das die vorhandenen wirtschaftlichen Ressourcen nutzt) sichert. Hinzu kommen vor allem das Steuersystem und das gesetzliche Rahmenwerk, das wirtschaftliche Aktivitäten und Beschäftigung zumindest nicht verhindern sollte.

- 7 Hinter diesem einfachen Wort verbergen sich weitgehende Annahmen. Eine entsprechende Lohn- und Einkommenspolitik hat vor allem darauf Rücksicht zu nehmen, daß keine der Tarifparteien monopolistische Positionen auf Kosten anderer aufbauen kann.
- 8 Fritz W. Scharpf, in: „Die Mitbestimmung“ 3/94
- 9 Siehe dazu „Die Mitbestimmung“ 4/94

Literatur

- A. B. ATKINSON, J. MICKLEWRIGHT, *Economic Transformation in Eastern Europe and the Distribution of Income*, Cambridge 1992.
- G. M. BUSCH, *Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat*, Kapitel VIII, *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik*, Wien 1989.
- EUROPEAN CENTRE VIENNA, *Welfare in a Civil Society*, European Centre for Social Welfare Policy and Research, Vienna 1993.
- K. GRILLITSCH, A. GUGER, J. JUCH, W. WOLF, *Entwicklung und Verteilung des Volkseinkommens 1992*. Beitrag zum Bericht über die soziale Lage 1992 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 1993.
- A. GUGER, *Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich*, WIFO-Gutachten, Wien 1987.
- R. HAUSER, W. HÜBINGER, *Arme unter uns*, Freiburg 1993.
- H. LUTZ, M. WAGNER, W. WOLF, *Von Ausgrenzung bedroht*, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1993 (Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik).
- Ch. F. MANSKI, I. GARFINKEL, *Evaluating Welfare and Training Programs*, Cambridge-London 1992.
- L. MEAD, *The new politics of poverty. The nonworking poor in America*, New York 1992.
- R. MOFFIT, *Incentive Effects of the US Welfare System. A Review*, in: *Journal of Economic Literature* 1, 1992, 1-61.
- M. RAVALLION, *Poverty comparisons. A guide to concepts and methods*, Washington D. C. 1992.
- R. ROSE, *Rethinking Priorities of the Welfare State*, *Studies in Public Policy*, Glasgow 1993.
- P. ROSNER, *Gewerkschaften und Verteilungspolitik*, Wien 1989.
- D. J. SNOWER, *The Future of the Welfare State*, CEPR Occasional Paper No. 13, London 1993.
- E. TALOS, *Sozialpolitik*, in: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, Wien 1992.
- STAAT - WOHLFAHRTSSTAAT, Sonderheft der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft.
- ARMUT IM MODERNEN WOHLFAHRTSTAAT, Sonderheft Nr. 32 der Kölner Zeitschrift für Soziologie 1992.



A. Forschungsberichte/Research Memoranda

Preis: Einzelpersonen ÖS 75.00, Institutionen ÖS 220.00 pro Band plus Versandkosten;
erscheinen in unregelmäßigen Abständen.

Eine Gesamtliste der Berichte seit 1966 erhalten Sie von der Bibliothek des Instituts für Höhere Studien.

B. Workshop-Proceedings

Preis: pro Band ÖS 180.00 plus Versandkosten, erscheinen in unregelmäßigen Abständen.

C. Sonderpublikationen - Special Studies Series

Preis: Unterschiedliche Preise plus Versandkosten.

D. Sonderdrucke - Reprints

Sonderdrucke erhalten Sie gratis.

E. Reihe Politikwissenschaft - Political Science Series

Preis: Einzelpersonen ÖS 70.00, Institutionen ÖS 220.00 pro Band.
Abonnement (10 Exemplare): Einzelpersonen ÖS 500.00, Institutionen ÖS 1.200.00.

F. Reihe Soziologie - Sociological Series

Preis: Einzelpersonen ÖS 70.00, Institutionen ÖS 220.00 pro Band.
Abonnement (10 Exemplare): Einzelpersonen ÖS 500.00, Institutionen ÖS 1.200.00.

G. Reihe Osteuropa - East European Series

Preis: Einzelpersonen ÖS 70.00, Institutionen ÖS 220.00 pro Band.
Abonnement (10 Exemplare): Einzelpersonen ÖS 300.00, Institutionen ÖS 1.000.00.

Bestellungen für A, B, C, D, E, F und G richten Sie bitte an die Bibliothek des Instituts für Höhere Studien.

H. Institutsarbeiten - Prognosen (Wirtschaft)

Anfragen richten Sie bitte an die Direktion des Instituts für Höhere Studien.

I. Zeitschrift - Empirical Economics

A Quarterly Journal of the Institute for Advanced Studies, erscheint im Physica Verlag.

Herausgeber, Verleger und Eigentümer:

Institut für Höhere Studien
Stumpergasse 56
A-1060 Wien

Telefon (0222) 59 9 91
Telefax (0222) 597 06 35

Bankverbindung: Bank Austria, Wien
Konto-Nummer: 236-102-694/00

PUBLICATIONS OF THE INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

A. Forschungsberichte/Research Memoranda

Price: Individuals AS 75.00, Institutions AS 220.00 per Volume plus postage and handling; published in irregular intervals.

Please contact the Library of the Institute for Advanced Studies for a complete publication list since 1966.

B. Workshop-Proceedings

Price: per Volume AS 180.00 plus postage and handling, published in irregular intervals.

C. Sonderpublikationen - Special Studies Series

Price: Different prices plus postage and handling.

D. Sonderdrucke - Reprints

Reprints will be sent free of charge.

E. Reihe Politikwissenschaft - Political Science Series

Price: Individuals AS 70.00, Institutions AS 220.00 per Volume.
Subscription (10 Papers): Individuals AS 500.00, Institutions AS 1.200.00.

F. Reihe Soziologie - Sociological Series

Price: Individuals AS 70.00, Institutions AS 220.00 per Volume.
Subscription (10 Papers): Individuals AS 500.00, Institutions AS 1.200.00.

G. Reihe Osteuropa - East European Series

Price: Individuals AS 70.00, Institutions AS 220.00 per Volume.
Subscription (10 Papers): Individuals AS 300.00, Institutions AS 1.000.00.

Orders for A, B, C, D, E, F and G should be sent to the Library of the Institute for Advanced Studies.

H. Institutsarbeiten - Economic Forecasts

Inquiries should be sent to the director's office of the Institute for Advanced Studies.

I. Journal - Empirical Economics

A Quarterly Journal of the Institute for Advanced Studies, published by Physica Verlag.

Corporate Editor, Publisher:
Institute for Advanced Studies
Stumpergasse 56
A-1060 Vienna

Telephone (0222) 59 9 91
Telefax (0222) 597 06 35

Bank: Bank Austria, Vienna
Account no. 236-102-694/00

Forschungsberichte/Research Memoranda

- | | | |
|---------|--|--|
| No. 312 | URL, Thomas | Do Austria And Germany Form An Optimum Currency Area?
January 1993. |
| No. 313 | SCHMEIKAL, Bernd | Space-Time Sociology.
January 1993. |
| No. 314 | SCHIENSTOCK, Gerd
TRAXLER, Franz | Economic Transformation and Institutional Change.
A Cross-national Study in the Conversion of Union Structures
and Politics in Eastern Europe.
February 1993. |
| No. 315 | KEUSCHNIGG, Christian
KOHLER, Wilhelm | Dynamic Effects of Tariff Liberalization:
An Intertemporal CGE Approach.
February 1993. |
| No. 316 | RAZIN, Assaf
SADKA, Efraim | Interactions between International Migration and
International Trade: Positive and Normative Aspects.
February 1993. |
| No. 317 | PICHELMANN, Karl
RIEDEL, Monika | Unemployment Duration and the Relative Change in
Individual Earnings: Evidence from Austrian Panel
Data.
March 1993. |
| No. 318 | BANERJEE, Abhijit
WEIBULL, Jörgen W. | Evolutionary Selection with Discriminating Players.
March 1993. |
| No. 319 | STARK, Oded | Nonmarket Transfers and Altruism.
April 1993. |
| No. 320 | BERGSTROM, Theodore C.
STARK, Oded | How Altruism Can Prevail in an Evolutionary
Environment.
April 1993. |
| No. 321 | KEUSCHNIGG, Christian | Overshooting Adjustment to Tariff Protection.
May 1993. |
| No. 322 | HAUSER, MICHAEL A.
KUNST, Robert M. | Fractionally Integrated Models With ARCH Errors.
May 1993. |
| No. 323 | HOFER, Helmut
WÖRGÖTTER, Andreas | Regional Convergence in Austria.
May 1993. |
| No. 324 | RITZBERGER, Klaus
WEIBULL, Jörgen W. | Evolutionary Selection in Normal Form Games.
June 1993. |
| No. 325 | FLECKER, Jörg
SCHIENSTOCK, Gerd | Globalisierung, Konzernstrukturen und Konvergenz
der Arbeitsorganisation.
Juni 1993. |
| No. 326 | KEUSCHNIGG, Christian | The Vanishing Savings Motive.
June 1993. |
| No. 327 | RÜNSTLER, Gerhard | An Analysis of Austrian Output Growth at a Sectoral Level.
July 1993. |

- | | | |
|---------|--|---|
| No. 328 | GALOR, Oded
STARK, Oded | Life Expectancy, Human Capital Formation, and Per-Capita Income.
July 1993. |
| No. 329 | PICHELMANN, Karl | Hysteresis in Unemployment: A Quick Refresher Note.
July 1993. |
| No. 330 | HSU, Chien-Te | Stock Markets Efficiency and Volatility Tests: A Survey.
July 1993. |
| No. 331 | HOFER, Helmut
RÜNSTLER, Gerhard
URL, Thomas | The Dynamic Effects of Aggregate Demand and Supply Disturbances: Further Evidence.
July 1993. |
| No. 332 | MÜLLER, Karl H.
STEINER, Josef S.
TOBIL, Friedrich
TSCHARE, Georg | Wissenschaft als System. Von der Black Box zum Black Hole - und retour ... ?
Juli 1993. |
| No. 333 | ALT, Raimund | A Sequential Variance Ratio Test Based on the Closure Test Principle.
September 1993. |
| No. 334 | HELMENSTEIN, Christian
YEGOROV, Yury | The Dynamics of Migration in the Presence of Chains.
September 1993. |
| No. 335 | KUNST, Robert M. | Fourth-Moment Structures in Financial Time Series.
October 1993. |
| No. 336 | NATTER, Martin
BUCHTA, Christian | Measuring Demand Interdependencies by Neural Networks.
November 1993. |
| No. 337 | HELMENSTEIN, Christian | Anbieterkonzentration auf dem Markt für Jahresabschlußprüfungen.
Januar 1994. |
| No. 338 | STARK, Oded | The Dynamics of Labor Migration When Workers Differ in Their Skills and Information is Asymmetric.
January 1994. |
| No. 339 | ALT, Raimund | Zur Beziehung zwischen Barwertmodell, Fair Game Modell und Martingalmodell. Eine Übersicht.
Jänner 1994. |
| No. 340 | HEIJDRA, Ben J.
VAN DER PLOEG, Frederick | Keynesian Multipliers and the Cost of Public Funds Under Monopolistic Competition.
February 1994. |
| No. 341 | THALMANN, Philippe
GOULDER, Lawrence H.
DELORME, Francois | Assessing the International Spillover Effects of Capital Income Taxation.
April 1994. |
| No. 342 | RITZBERGER, Klaus | A Note on Games under Expected Utility with Rank Dependent Probabilities.
April 1994. |

- No. 343 DEHEJIA, Vivek H. Income Distribution and the Limits to Policy Reform. Shock Therapy or Gradualims? May 1994.
- No. 344 BOVENBERG, A. Lans de MOOIJ, Ruud A. Environmental Tax Reform and Endogenous Growth. June 1994.
- No. 345 BRANDEL, Franz HOFER, Helmut PICHELMANN, Karl Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt. Juni 1994.
- No. 346 BÖHM, Bernhard KOMAN, Reinhard RAGACS, Christian Export-led Growth in the Former CMEA Countries? An Empirical Investigation for Eastern Europe. July 1994.
- No. 347 SUMMER, Martin Principal-Agent Problems from a Game-theoretic Viewpoint. July 1994.
- No. 348 HSU, Chien-Te KUGLER, Peter Nonlinear Dynamics of Spot and Forward Exchange Rates. An Application of a Semiparametric Estimation Procedure. July 1994.
- No. 349 KEUSCHNIGG, Christian KOHLER, Wilhelm Commercial Policy and Dynamic Adjustment Under Monopolistic Competition. August 1994.
- No. 350 KEUSCHNIGG, Christian KOHLER, Wilhelm Dynamics of Trade Liberalization. August 1994.
- No. 351 HÄFKE, Christian HELMENSTEIN, Christian IPOX - An Initial Public Offerings Index. September 1994.

Sonderdrucke - Reprints

- No. 1 CAMPBELL, David: Der politische Paradigmenbruch. Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen als demokratiepolitische Phänomene. September 1991.
Sonderdruck aus: SWS-Rundschau, 31. Jg., Heft 2, 1991, S. 211-222.
- No. 2 LASSNIGG, Lorenz: The "New Values" and Consumer Behaviour. Some Empirical Findings From Austria. November 1991.
Reprint from: Klaus G. Grunert and Folke Ölander (Eds.): Understanding Economic Behaviour. Theory and Decision Library. Series A: Philosophy and Methodology of the Social Sciences, Dordrecht, Boston, London, Kluwer Academic Publishers, 1989, pp. 333-345.
- No. 3 AICHHOLZER, Georg - FLECKER, Jörg - SCHIENSTOCK, Gerd: Ungewißheit und Politik in betrieblichen Rationalisierungsprozessen. Dezember 1991.
Sonderdruck aus: Georg Aichholzer, Gerd Schienstock (Hg.): Arbeitsbeziehungen im technischen Wandel. Neue Konfliktlinien und Konsensstrukturen, Berlin, Edition SIGMA, 1989, S. 43-69.
- No. 4 AICHHOLZER, Georg: Technischer Wandel als kultureller 'Trendsetter'?. Jänner 1992.
Sonderdruck aus: Josef Hochgerner, Arno Bammé (Hg.): Technisierte Kultur, Beiträge zur Soziologie der Technik, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft 1, 1989, S. 13-28.
- No. 5 LASSNIGG, Lorenz - PECHAR, Hans: Bildung und Strukturwandel. Institutionelle Aspekte im internationalen Vergleich. Juni 1992.
Sonderdruck aus: Josef Schmee, Lorenz Lassnigg, Hans Pechar (Hrsg.), u.a.: Strukturwandel und Bildung. Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Qualifizierung der Beschäftigten in Verbindung mit dem Einsatz neuer Technologien. Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann-Institutes für Wachstumsforschung, Band 14, 1992, S. 224-289.
- No. 6 CAMPBELL, David F.J.: Die Dynamik der politischen Links-rechts-Schwingungen in Österreich. Die Ergebnisse einer Expertenbefragung. März 1993.
Sonderdruck aus: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 21. Jg., Heft 2, 1992, S. 165-179.
- No. 7 MARTINSEN, Renate: Theorien politischer Steuerung. Auf der Suche nach dem Dritten Weg. Juli 1993.
Sonderdruck aus: Klaus Grimmer, Jürgen Häusler, Stefan Kuhlmann, u.a. (Hrsg.): Politische Techniksteuerung, Opladen 1992, S. 51-73.
- No. 8 GERLICH, Peter: Politikwandel und Politikwissenschaft. Zwölf neuere Beiträge. Februar 1994.
- No. 9 EARLE, John S. - WÖRGÖTTER, Andreas: Monopoly Power, Import Competition, and Price Liberalization in the CSFR. July 1994.
Sonderdruck aus: Janos Gacs, Georg Winckler (Eds.): International Trade and Restructuring in Eastern Europe. International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg, Austria; Physica-Verlag, 1994, pp.321-341.
- No. 10 WÖRGÖTTER, Andreas: Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes in Österreich seit den siebziger Jahren. Juli 1994.
Sonderdruck aus: Günther Chaloupek, Michael Mesch (Hrsg.): Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes seit den siebziger Jahren. Reihe "Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der Arbeiterkammer Wien", Band 1, Verlag Orac, Wien 1993, S. 79-98.

No. 11

ELMESKOV, Jorgen - PICHELMANN, Karl: Interpreting Unemployment: The Role of Labour-Force Participation. October 1994.

Sonderdruck aus: Economic Studies, No. 21/Winter 1993, OECD: Paris, pp. 139-160.

Institut
für
Höhere Studien
Reihe Politikwissenschaft

- 1 Josef Melchior
Postmoderne Konflikte um den Konsensus-Begriff
Zum »Widerstreit« zwischen Lyotard und Habermas
Oktober 1992
- 2 Andreas Schedler
Die Funktionsbedingungen konzertierter Politik
Überlegungen zu Lateinamerika
November 1992
- 3 Renate Martinsen und Josef Melchior
»Landnahme«
Eine kritische Evaluation sozialverträglicher Technikgestaltung
in Nordrhein-Westfalen
Dezember 1992
- 4 Bernhard Kittel
Die Selbstbeschreibung der Gesellschaft
Der Begriff der Nation als *missing link* der Systemtheorie?
Januar 1993
- 5 Hans Glatz
Der Industriekomplex »Schienentransportsysteme«
Chancen für eine neue Dynamik in einer »alten« Industrie
Februar 1993
- 6 Agnes Heller
**The Limits to Natural Law
and the Paradox of Evil**
April 1993
- 7 Andreas Schedler
Das empirische Profil der »Politikverdrossenheit«
Ein Annäherungsversuch
(auf der Grundlage von *Austrian Life Style 1992*)
April 1993
- 8 Rainer Bauböck
Integration in a Pluralistic Society
Strategies for the Future
Mai 1993

- 9 David F.J. Campbell
**Strukturen und Modelle der F&E-Finanzierung
in Deutschland: eine Policy-Analyse**
September 1993
- 10 Philippe C. Schmitter
**Some Propositions about Civil Society
and the Consolidation of Democracy**
September 1993
- 11 Rogers Brubaker
**National Minorities, Nationalizing States, and
External National Homelands in the New Europe**
Notes toward a Relational Analysis
Dezember 1993
- 12 Kenneth Newton / Augusti Bosch
**The Economic Basis of Attitudes towards the
European Community: Familiarity Breeds Content?**
April 1994
- 13 Georg Aichholzer / Renate Martinsen / Josef Melchior
**Österreichische Technologiepolitik
auf dem Prüfstand**
Mai 1994
- 14 Martin Rein
Solidarity Between Generations
A Five-Country Study of the Social Process of Aging
September 1994
- 15 James Johnson
The Politics of Possibility
Symbol, Strategy and Power
Oktober 1994
- 16 Philip Resnick
Democractic Savety Valves
The Therapeutic Effects
of Antipolitical Referenda
Oktober 1994

Bestellungen

IHS
Bibliothek
Stumpergasse 56
A-1060 Wien
T 59991-237
F 5970635

Preise (inkl. Versand)

Einzel-exemplare
Einzelpersonen: ÖS 70,- DM 10,-
Institutionen: ÖS 220,- DM 33,-
Abonnement (10 Exemplare)
Einzelpersonen: ÖS 500,- DM 70,-
Institutionen: ÖS 1.200,- DM 175,-

Institut
für
Höhere Studien
Reihe Soziologie

- 1 Angelika Volst (Hrsg.)
Information und Macht
Proceedings
ad-hoc Gruppe am 13. Österreichischen
Kongreß für Soziologie
25.-27.11.1993 in Klagenfurt
November 1993

- 2 Lorenz Lassnigg (Hrsg.)
Hochschulreformen in Europa:
Autonomisierung,
Diversifizierung,
Selbstorganisation
Dezember 1993

- 3 Karl H. Müller
Zement und Gesellschaft
Modernisierungsskizzen
aus dem Geist Karl Polanyis
April 1994

- 4 Karl H. Müller
**Von den Einheits-Wissenschaften
zu den Wissenschafts-Einheiten**
250 Jahre moderne Wissenschafts-
Synthesen
Juli 1994

Bestellungen	Preise (inkl. Versand)
IHS	<i>Einzel exemplare</i>
Bibliothek	Einzel personen: ÖS 70,- DM 10,-
Stumpergasse 56	Institutionen: ÖS 220,- DM 33,-
A-1060 Wien	<i>Abonnement (10 Exemplare)</i>
T 59991-237	Einzel personen: ÖS 500,- DM 70,-
F 5970635	Institutionen: ÖS 1.200,- DM 175,-

INSTITUTE
FOR
ADVANCED STUDIES

East European Series

- No. 1 Vladimir GLIGOROV
"Gradual Shock Therapy", 22 pp., January 1994
- No. 2 Alexander I. YASTREMSKY
"A Simulation of Structural Changes in the Economy of the Regions Affected by the Chernobyl Catastrophe", 22 pp., February 1994
- No. 3 Mark DUTZ and James SILBERMAN
"Building Capabilities: A Marshall Plan Type Productivity Enhancement Program for Eastern Europe and the Former Soviet Union", 15 pp., February 1994
- No. 4 Theresia THEURL
"Experiences With Monetary Reform in Western European Countries With Differing Levels of Development", 30 pp., April 1994
- No. 5 Vladimir TITKOV and Andreas WÖRGÖTTER
"Inflation in the Russian Federation: Dynamics and Causes", 41 pp., April 1994
- No. 6 Edmond LEKA
"Power Industry in Albania and its Way Through the Reform to Market Economies", 50 pp., June 1994
- No. 7 Larisa LESHCHENKO
"Privatizing Ukraine — Will the Ukrainian People Become Richer?", 12 pp., July 1994
- No. 8 Pavol OCHOTNICKÝ and Jana KOHÚTOVÁ
"Regional Unemployment and Employment Policy in Slovakia", 18 pp., July 1994
- No. 9 Irina S. SEMENOVA and Andreas WÖRGÖTTER
"Test of the Monetary Model for the Case of Russia, 1992–1993 and Germany 1991–1993", 16 pp., September 1994
- No. 10 Andrij HALUSHKA, Sergei SAVLUK, and Andreas WÖRGÖTTER
"Ukrainian Hyperinflation: History, Analysis, Recommendations", 29 pp., September 1994
- No. 11 Christof RÜHL and Kenneth SERWIN
"The A, B, C's of Industrial Restructuring in Russia", 22 pp., September 1994
- No. 12 Edward E. LEAMER
"Models of Transition in Eastern Europe With Untransferable Eastern Capital", 23 pp., October 1994

